Ostland

Wochenschrift für den gesamten Osten

Mitbegründer: Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentl. einmal. **Bezug:** Durch die Post vierteljährlich 1.50 M. **Einzelnummer** 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr.
Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 4gespaltenen Zeile 45 Pf.

Nr. 7. | **Berlin, 16. Februar 1934.** | 15. Jahrg.

Ein Franzose über die ostpreußischen Polen.

Im vergangenen Jahre ist im Verlage von Gebethner und Wolff in Paris ein Buch in französischer Sprache über „*Die Entwicklung des Polentums in Ostpreußen*“ erschienen. Sein Verfasser, *Henri de Montfort*, Professor der Höheren Schule für soziologische Wissenschaften, hat sich schon in einigen anderen Büchern, die sich mit den baltischen Staaten, mit der oberschlesischen Frage und mit Polen befassen, als ein Verfechter antideutscher Tendenzen erwiesen. Er zeigt sich auch dieses Mal in seinem neuen Buche, das den Titel „L'Evolution du Polonisme en Prusse Orientale“ trägt, als *ein gelehriger Abschreiber der antideutschen Propagandaliteratur*. Da die polnische Presse auf dieses Buch als auf eine wesentliche Bereicherung der polnischen Ostpreußen-Propaganda hinweist, lohnt es sich wohl, de Montforts Darstellung einmal einer kurzen kritischen Betrachtung zu unterziehen.

„Ostpreußen“, heißt es da, „ist immer ein deutsches Kolonisationsland gewesen“. de Montfort erblickt in diesem „Kolonialcharakter“ gleichsam eine Minderung des deutschen Besitzrechtes an diesem Land. Er behauptet zwar nicht, daß Deutschland kein Recht auf Ostpreußen habe. Seine ganze Darstellung läuft aber darauf hinaus, *Zweifel am deutschen Charakter der Provinz zu erwecken* und Ostpreußen in das Zwielicht eines auch heute noch national umstrittenen Landes zu rücken. Er sucht demgemäß aus der Geschichte alle diejenigen Momente heraus, die geeignet sind, das Polentum als einen mitgestaltenden oder gar als den ausschlaggebenden Faktor der ostpreußischen Entwicklung erscheinen zu lassen. Mit einer Methode, die nur die *eine* Seite beschreibt, die *andere* aber unerwähnt läßt, die nur das Polnische zeigt, das Deutsche aber verschweigt, kann man bei einiger Geschicklichkeit natürlich alles „beweisen“. Wenn man sich aber nicht dem Vorwurf der Unehrlichkeit aussetzen will, dann darf man bei einer Darstellung, wie de Montfort sie von der Geschichte des Polentums in Ostpreußen gibt, natürlich *nicht darauf verzichten, das, was über die Bedeutung des Polentums für die Entwicklung des Landes gesagt wird, mit dem zu vergleichen, was von deutscher Seite für das Land getan worden ist*. Auf diesen Vergleich hat de Montfort — wohl nicht ohne Absicht — verzichtet. Er hat den „polnischen Andenken in Ostpreußen“ in seinem Buche ein besonderes Kapitel gewidmet, in dem er eine Masse wirklich oder angeblich polnischer Kunstwerke im Ermland und in Masuren aufzählt. *Über die Kulturtat des Deutschen Ordens aber verliert er kein Wort.* Überdies ist er bei der Aufzählung der „Zeugen polnischer Kultur“ in Ostpreußen ziemlich großzügig verfahren. Er setzt z. B. den Frauenburger Domherrn *Kopernikus* ohne weiteres auf die polnische Liste; und mit Verwunderung liest man, wie auch *Peter Vischer*, als Schöpfer des Braunsberger Grabmals für Paul von Legendorff, unter den „polnischen Kulturträgern des Ermlandes“ erscheint! de Montfort scheint in allem, was sich in Ostpreußen an Kunstwerken des *Barock* und des *Rokoko* feststellen läßt, „Zeugen des polnischen Kulturwillens“ zu sehen. Er scheint der Meinung zu sein, daß, weil die Bischöfe von Ermland von Hosius bis Krasicki (von 1551—1795) sämtlich Polen gewesen sind, auch die ermländische Kunst dieser Jahrhunderte nur polnischen Ursprunges gewesen sein kann. de Montfort macht sich, wie man sieht, seine Aufgabe nicht schwer.

Bezeichnend für seine Darstellungsweise ist auch die Art, in der er *das Eindringen des polnischen Elementes nach Ostpreußen* beschreibt. Er drückt sich hierüber so *unbestimmt* aus, daß bei einem Uneingeweihten sehr leicht der Eindruck entstehen kann, als ob Deutsche und Polen sich als Kolonisten etwa zu gleicher Zeit im Lande festgesetzt hätten. Er vergißt zu erwähnen, daß der Orden *masowische Kolonisten erst nach seiner Niederlage bei Tannenberg* in größerer Zahl in einigen Teilen Ostpreußens eingesetzt hat, also erst zu einer Zeit, in der der deutsche Zuzug aus dem Westen ausblieb und die Finanznot im Gefolge der verlustreichen Kriege den Orden zur stärkeren Besiedlung des Landes mit Zinsbauern zwang. de Montfort vermeidet die Feststellung, die doch in einem Buche, das sich mit der Geschichte des Polentums in Ostpreußen befaßt, sehr angebracht wäre, daß nämlich *das polnische Element dort jüngeren Ursprunges ist als das deutsche*, und daß es sein Dasein dort eigentlich erst *den deutschen* Landesherren verdankt. Wenn der französische Professor von Ostpreußen mit einer gewissen Geringschätzung als von einem deutschen Koloniallande spricht, so würde diese Geringschätzung hinsichtlich des polnischen Kolonistentums doch sicherlich weit angebrachter erscheinen. Denn — abgesehen von dem späteren Eindringen der polnischen Siedler — ist aus dem deutschen Koloniallande immerhin *die Wiege des preußischen Staates* geworden, während sich das Polentum als bewußt nationales Element dort nur in geringen Resten bis heute zu behaupten vermocht hat. Diese Tatsache muß natürlich auch de Montfort zugeben. Aber er glaubt die Ursache für den Rückgang des polnischen Elementes natürlich ausschließlich in der „preußischen Gewaltpolitik“ suchen zu müssen. Dieses beliebte Schlagwort der deutschfeindlichen Agitation enthebt ihn der Mühe, sich eingehender um die kulturellen und politischen Probleme zu kümmern, die das langsame und unaufhaltsame Hineinwachsen der Menschen fremder Muttersprache ins Deutschtum dem aufmerksamen und tiefer schürfenden Betrachter der ostpreußischen Geschichte zu lösen aufgibt.

Einem Kapitel seines Buches gibt de Montfort die Überschrift: „*Preußen ruft Polen.*“ Er schildert darin in großen Zügen den *Abfall der preußischen Stände vom Orden*. Ganz richtig erkennt er, daß *bei diesem Abfall keinerlei nationale oder völkische Momente mitgespielt haben*, sondern daß der Landadel und die Städte des Ordensgebietes lediglich von wirtschaftlichen und Standesinteressen geleitet waren, als sie sich gegen den Orden auflehnten und den Beistand des Königs von Polen anriefen. Aber auch hier gleitet de Montfort in seiner Schilderung über sehr wichtige Ereignisse dieser Zeit mit Stillschweigen hinweg. Er sagt z. B. nichts über *die Widerstände, die sich in den Reihen der rebellierenden Städter und Adligen selbst gegen eine Oberhoheit des polnischen Königs aus völkischen Gründen erhoben*. Selbst führende Kräfte der preußischen Opposition haben noch bis zum letzten Augenblick den Orden zur Anerkennung der Forderungen seiner Untertanen zu bewegen und damit das gefährliche polnische Abenteuer zu vermeiden versucht. *In die Arme der Polen* wurden die mit der Herrschaft des Ordens unzufriedenen Kaufherren und Landadligen ausschließlich *von wirtschaftlichen Interessen getrieben; beim Orden aber hielt sie ihr deutsches Gewissen.* Es ist die Tragik des Ordens, daß er, das Gebot der Zeit nicht erkennend, an einer damals schon überlebten Staatsform festhielt und so selber die

Schuld daran trug, daß die Stimme des Gewissens schließlich doch übertönt wurde von der Hoffnung auf materiellen Gewinn. Daß es den preußischen Ständen nur auf die Erlangung größerer Freiheiten und Rechte ankam, nicht aber auf eine Verbindung mit Polen, das hebt auch de Montfort hervor, wenn er berichtet, „daß Johann von Baysen sich (im Jahre 1454) nach Krakau begab, um den König von Polen um die Annahme der Oberhoheit über die Städte und den Adel Preußens zu bitten, wobei er ihm wissen ließ, daß er im Falle einer Weigerung mit demselben Angebot an den König von Böhmen herantreten werde.“

In einem besonderen Kapitel befaßt sich de Montfort mit der „polenfeindlichen Aktion in Ostpreußen während der letzten Jahre“. Hier erwähnt er zunächst die Bestimmungen der Preußischen und Reichsverfassung, in denen den nationalen Minderheiten bestimmte Rechte, besonders auf schulpolitischem Gebiete, zugesagt werden, ferner eine Äußerung Stresemanns aus dem Jahre 1925 über die Notwendigkeit, den fremden Volksgruppen in Deutschland diejenigen Rechte zu geben, die Deutschland seinerseits für seine Volkstumsangehörigen in fremden Staaten verlangt, und schließlich eine Mitteilung des preußischen Unterrichtsministers, in der dieser im Jahre 1928 den bevorstehenden Erlaß eines Minderheitenschulgesetzes ankündigt. „Aber dann“, sagt de Montfort, „hat man davon nichts mehr gehört“. Deutlicher hätte er seinen Mangel an Sachkenntnis (oder vielleicht auch seinen Mangel an Unvoreingenommenheit) in deutsch-polnischen Fragen wohl nicht unter Beweis stellen können: Die preußische Minderheitenschulverordnung vom Dezember 1928, in der den polnischen Gruppen in Preußen die weitestgehenden Schulrechte eingeräumt werden, wird in seinem Buche mit keinem Worte erwähnt. Mit um so größerer Ausführlichkeit verbreitet sich de Montfort dagegen über die angeblichen „Verfolgungen der polnischen Bevölkerung“ durch die Nationalsozialisten, „Verfolgungen, die mitunter wahrhafte Attentate darstellten“. Die Ereignisse von Nikolaiken und Piassutten, die seinerzeit von der polnischen Agitation durch die ganze Welt geschleift wurden, haben in seinem Buche ihre Auferstehung erlebt. Die damaligen Lügen der „Gazeta Olsztynska“ werden von dem französischen Professor als Beweise für die „gewaltsame Unterdrückung des polnischen Elementes in Ostpreußen“ benutzt. Der Leser, dem eben erst erzählt worden ist, daß die polnische Minderheit in Preußen kein eigenes Schulwesen besitzt, wird sich bei der Lektüre dieser Greuelberichte wohl verwundert die Frage vorlegen, woher denn nun auf einmal die polnischen Schulen gekommen sein mögen, die da von nationalsozialistischen Sturmtrupps überfallen und demoliert worden sein sollen.

de Montfort legt offenbar Wert darauf, — was ja auch der Tendenz seines Buches entspricht —, die heutige Zahl der polnischen Bevölkerung in Ostpreußen, zu der er mit einigen Einschränkungen auch die masurische Bevölkerung rechnet, möglichst hoch erscheinen zu lassen. Er kommt freilich nicht um die Feststellung herum, daß die Volksabstimmung vom 11. Juli 1920 für die Polen von vornherein ein aussichtsloses Unternehmen gewesen ist und ihnen demgemäß auch eine vernichtende Niederlage eingebracht hat. Aber er versucht den Wert der Volksabstimmung als Maßstab für die Stärke des ostpreußischen Polentums zu bezweifeln: Der „deutsche Terror“, die politische Gesamtsituation der Abstimmungszeit usw. hätten das Stimmenergebnis zum Nachteile Polens beeinflußt. Nun ist man aber zur Feststellung der Stärke des Polonismus in Ostpreußen nicht auf die Abstimmung von 1920 allein angewiesen. Es hat von 1921 bis 1933 nicht weniger als 16 Reichs- und Landtagswahlen sowie Wahlen zum Ostpreußischen Provinziallandtage gegeben, an denen die ostpreußischen Polen mit eigenen Listen teilnahmen. Das scheint dem französischen Professor wieder „entgangen“ zu sein; er vermeidet es, sein Urteil über den gegenwärtigen Stand des Polentums in Ostpreußen an dem Ergebnis dieser Wahlen zu prüfen. Er begnügt sich damit, im Anhang zu seinem Buche die Ergebnisse der nationalpolitisch unmaßgeblichen Muttersprachenstatistiken von 1910 und 1925 wiederzugeben; über die Wahlen aber geht er mit völligem Stillschweigen hinweg. Die etwa 3000 Stimmen, die bei den beiden Reichstagswahlen des vergangenen Jahres von der polnischen Liste haben aufgebracht werden können, sind ihm wohl als ein gar zu klägliches Ergebnis einer mehrhundertjährigen Entwicklung des Polentums in Ostpreußen erschienen! Immerhin sieht sich der Franzose am Schlusse seiner Darstellung doch zu einer Feststellung gezwungen, aus der zu entnehmen ist, daß auch nach seiner Meinung das Polentum in Ostpreußen so gut wie ausgespielt hat. Man verstehe nicht, sagt er, wie man in Deutschland noch ernstlich behaupten könne, daß das Polentum eine Gefahr für Ostpreußen sei. Hierzu muß festgestellt werden, daß man deutscherseits den polnischen Volkstumsrest dieser Provinz eigentlich niemals als eine ernstliche Bedrohung der deutschen Sicherheit aufgefaßt hat. Von einer Gefahr hat man in Deutschland stets nur in bezug auf die von außen her drohenden Einflüsse und Eingriffe gesprochen. Wenn sich die polnische Regierung jetzt im Zeichen des Verständigungspaktes mit Deutschland ehrlich von den Annexionsgelüsten Srokowskis und anderer „Ostpreußenspezialisten“ des Baltischen Instituts distanziert, dann wird man in Deutschland auch keinen Anlaß mehr haben, von einer äußeren Gefahr für Ostpreußen zu sprechen.

Dr. Kredel.

Zerfall der polnischen Oppositionsparteien.

Wie in den meisten Oststaaten, so ist auch in Polen das alte Parteiwesen in offensichtlichem Verfall begriffen. Während der Regierungsblock, der sich aus den sozial verschiedenartigsten Volksgruppen zusammensetzt, trotz der mancherlei Krisen, die er in den acht Jahren seines Bestehens durchzumachen hatte, heute fester und gesicherter als je dazustehen scheint, bröckelt und kriselt es in den anderen Parteien bedenklich. Es sieht fast so aus, als ob der Regierungsblock allmählich das große Sammelbecken werden sollte, das mit Recht den Anspruch erheben kann, die polnische Volksgemeinschaft zu repräsentieren. Es mag dahingestellt bleiben, ob der Staatsgedanke, als dessen Träger sich die Männer des Regierungsblocks bezeichnen, wirklich in den Massen lebendig ist. Sicher ist aber, daß der Block auf diejenigen, die eine politische Rolle spielen wollen, eine um so größere Anziehungskraft ausübt, je unerschütterlicher er in der Macht sitzt und je aussichtsloser es daher ist, wirkungsvolle Opposition zu betreiben. Von den Oppositionsparteien hat bisher nur noch die Nationaldemokratie einigermaßen ihre äußere Geschlossenheit und ihre innere Festigkeit zu wahren gewußt. Doch scheint auch sie allmählich der magnetischen Kraft der im Regierungsblock dauerhaft verkörperten politischen Macht nachgeben zu wollen. In weit stärkerem Maße ist das bei den Bauernparteien, bei den Sozialisten und besonders bei den Christlichen Demokraten der Fall.

Die Christlich-demokratische Partei hat sich gespalten. Der Zerfall kündigte sich schon vor Monaten an. Auch einem so routinierten Parteiführer wie Korfanty konnte es schließlich nicht mehr gelingen, die Gefolgschaft zusammenzuhalten. Auf der einen Seite ist es die oft anrüchige Geschäftstüchtigkeit dieses ehemaligen Rebellenführers der oberschlesischen Aufstände und auf der anderen Seite die immer offensichtlicher werdende Zwecklosigkeit, noch weiterhin „das bittere Brot der Opposition zu essen“, was den Zerfall der Partei herbeigeführt hat. Auf dem Parteikongreß, der vor kurzem in Königshütte abgehalten wurde, gelang es dem alten Parteilöwen noch einmal, die innere Opposition niederzuringen und einen Sieg über die „Opportunisten“ davonzutragen. Aber es war ein Sieg, in dem er seine Kraft verbrauchte. Am 2. Februar traten in Warschau die Gegner Korfantys aus dem Lager der Christlichen Demokraten zusammen und hoben eine neue politische Partei, die „Christlich-soziale Vereinigung“, aus der Taufe. In dieser haben sich die ehrgeizigen, nach praktischer politischer Betätigung drängenden Männer zusammengefunden, ehemalige Minister, Professoren, Prälaten mit einem Anhang, der wohl den größten Teil der bisherigen Christlich-demokratischen Partei — man spricht von 85 v. H.! — ausmachen mag. Die neue „Vereinigung“ will die starre Oppositionspolitik Korfantys nicht mehr mitmachen. Sie will, wie das neue Stichwort lautet, „schöpferische Opposition“ betreiben; d. h., sie will zwar an dem christlich-demokratischen Gedanken festhalten, aber doch mit dem Regierungsblock nach Möglichkeit zusammengehen. Sie hat sich von Korfanty, für den es innerhalb oder selbst in der Nähe des Regierungsblocks keinen Platz gibt, gelöst, um wenigstens in bescheidenem Maße an der Macht und am positiven politischen Schaffen mit teilnehmen zu können. Die christlich-demokratischen Organisationen in den Bezirken Posen, Lodz, Lublin und Radom haben sich der „Vereinigung“ angeschlossen. Auch die Warschauer Bezirksorganisation hat sich zum Teil von Korfanty getrennt. Ein besonders schwerer Schlag ist es für ihn, daß ihm auch erhebliche Teile der Anhängerschaft des oberschlesischen Kerngebietes seiner Partei die Gefolgschaft aufgesagt haben. Als Presseorgane sollen der Christlich-sozialen Vereinigung vorläufig zur Verfügung stehen der „Glos Narodu“ in Krakau, der „Nowy Kurjer“ in Posen und der „Dziennik Bydgoski“ in Bromberg. Der Vorstand der „Vereinigung“ setzt sich zusammen aus dem Verleger Burtan, Krakau, dem ehemaligen Minister Rechtsanwalt Smolski, Lublin, dem ehemaligen Minister Rechtsanwalt Piechocki, Posen, und dem ehemaligen Sejmmarschall Sdyk, Warschau. Die Spaltung der Partei wird sich binnen kurzem auch auf die christlich-demokratische Parlamentsfraktionen übertragen.

Auch die sozialistische Partei beginnt zu zerfallen. Diese Partei hatte sich von den schweren Schlägen, die sie zur Zeit der Brester Affäre im Jahre 1930 erhalten hatte, nicht wieder erholt. Ihren großenteils jüdischen Führern fehlt es — eine Erscheinung, die durchaus nicht auf Polen beschränkt ist — an geistiger Produktivität und politischer Aktivität. Im politischen Leben Polens spielen die Sozialisten schon seit Jahren nur noch eine völlig untergeordnete Rolle. Auf dem kürzlich in Warschau abgehaltenen Parteikongreß ist es zu scharfen Zusammenstößen zwischen dem Zentralkomitee der Partei und den linken Oppositionellen gekommen. Die Arbeiterschaft hat aufgehört, in Liebermann und Genossen ihre Führer zu sehen. Sie strebt nach neuen Formen sozialer Geltung und politischen Wollens. Sie schwankt zwischen kommunistischen und faschistischen Ideen und wird früher oder später wohl in das Sammelbecken des Regierungsblockes einmünden, wenn dessen Führer es nur verstehen, den Hungernden Brot und Arbeit zu geben. Hierzu haben sich die Aussichten, so trostlos die wirtschaftliche Lage Polens zur Zeit auch sein mag, seit der politischen Verständigung mit Deutschland bedeutend gebessert.

Der Kampf um die Kohle.

Der Besitz des ostoberschlesischen Grubenreviers hat Polen in eine völlig schiefe wirtschaftspolitische Lage gebracht. Es kann keine Rede davon sein, daß — wie es in Versailles von polnischer Seite immer wieder behauptet wurde — Polen ohne dieses Kohlen- und Industriegebiet wirtschaftlich nicht zu bestehen vermöchte. Heute weiß Polen nicht, wo es mit den Schätzen hin soll, die ihm damals durch einen von Unvernunft und Deutschenhaß diktierten Machtspruch in den Schoß geworfen wurden. Es ist weit davon entfernt, die Kohlen und die schwerindustriellen Erzeugnisse Ostoberschlesiens im eigenen Lande unterbringen zu können. Heute ist die Hälfte der ostoberschlesischen Arbeiterschaft ohne Verdienst. Ein Teil der noch Beschäftigten ist nur in Kurzarbeit tätig. Wäre Ostoberschlesien allein auf den binnenpolnischen Absatzmarkt angewiesen, dann wäre die dortige Kohlen- und Hüttenindustrie gezwungen, etwa die Hälfte der heute bei ihr noch in Brot und Arbeit stehenden Kräfte auf die Straße zu werfen. Um diese Katastrophe zu vermeiden, muß Polen unter allen Umständen und zu jedem Preis exportieren. Die ostoberschlesische Industrie, die Polen nicht entbehren zu können vorgibt, steht unter einem Exportzwang, wie wohl kaum sonst eine Industrie im kontinentalen Europa. Nach den Angaben des Wojewoden Grazynski müssen der ostoberschlesische Kohlenbergbau 44 v. H. und die ostoberschlesische Hüttenindustrie gar 55,5 v. H. ihrer gesamten Produktion exportieren, — während dieselben Industrien in Westoberschlesien nur 8 bzw. 5—10 v. H. ihrer Gesamterzeugung im Ausland, alles übrige aber im Inland absetzen.

In besonders scharfem Kampfe liegt die polnische, d. h. im wesentlichen die ostoberschlesische mit der englischen Kohle. Am schärfsten wird dieser Kampf seit Jahren um die nordeuropäischen Märkte geführt. Eine Gegenüberstellung der englischen und polnischen Kohlenausfuhrziffern für die Jahre 1932 und 1933 vermittelt ein Bild dieses Kampfes. Im Jahre 1933 wurden in die skandinavischen Länder von Polen 4,4 Mill. To. Kohle ausgeführt, von England 6,2 Mill. To. Während die englische Kohlenausfuhr gegenüber dem Jahre 1932 um 31,5 v. H. gestiegen ist, ist diejenige Polens um 18,9 v. H. gesunken. Im einzelnen ergibt sich für 1933 folgendes Bild der Kohlenausfuhr (in Mill. To.) im Vergleich zu 1932:

	England		Polen	
nach	1933	Zu- bzw. Abnahme in %	1933	Zu- bzw. Abnahme in %
Schweden	1,9	+ 45,3	2,3	— 13,6
Norwegen	0,9	+ 13,7	0,8	— 9,7
Dänemark	2,8	+ 36,8	0,7	— 45
Finnland	0,47	— 0,2	0,43	+ 19,5

Mithin hat die polnische Kohlenausfuhr nur nach Finnland zugenommen, während sie nach den anderen skandinavischen Ländern zurückgegangen ist, besonders stark nach Dänemark. Demgegenüber ist der englische Kohlenexport nach Schweden, Norwegen und Dänemark stark gestiegen, während sich der Export nach Finnland ungefähr auf dem Niveau von 1932 hielt. Nur in Schweden überwiegt die Einfuhr polnischer Kohle noch diejenige englischer Kohle. —

In dem Maße, in dem Polen auf den skandinavischen Märkten zurückgedrängt wird, muß es zusehen, wie es seine Kohle auf anderen Märkten losschlagen kann. Es hat im vergangenen Jahre seine Kohlenausfuhr nach Belgien und Holland, nach Irland, Italien und Algier verstärkt und hat zum erstenmal auch Griechenland, Südslawien, Gibraltar, Aegypten, die Türkei und Britisch-Indien mit seiner Kohle beliefert. Es ist also in den westeuropäischen und Mittelmeerländern und sogar in den überseeischen Gebieten mit seiner Kohle erschienen. Und es ist bezeichnend für den volkswirtschaftlichen Unfug eines solchen gewaltsam durchgeführten Exportes, daß, während polnische Kohle in all diesen Ländern durch konkurrenzlos niedrige Preise den englischen Kohlenbergbau zurückdrängt, zu gleicher Zeit englische Kohle in das polnische Zollgebiet eindringt. Im Jahre 1932 sind immerhin über 74 000 und im Jahre 1933 sogar 92 000 Tonnen englischer Kohle nach Polen eingeführt worden.

Merkwürdigerweise scheint man in Polen die Zukunftsaussichten des Kohlenexports zum Teil ziemlich optimistisch zu beurteilen. Man sagt sich, trotz des zunehmenden Verlustes der nordischen Märkte, daß die Verbraucher sich schließlich doch immer der billigeren Ware, also der polnischen Kohle, zuwenden werden. Dabei aber wird eines übersehen, daß nämlich England weit eher als Polen in der Lage ist, den Kohlenimportländern handelspolitische Bedingungen zu stellen und als Käufer von Agrarprodukten diese Länder zur Abnahme seiner Kohle zu zwingen. Auf diese Weise hat England die polnische Konkurrenz gerade auf den nordischen Märkten wieder zurückdrängen können.

Einer der führenden Kohlenindustriellen des Dombrowaer Steinkohlenbeckens, Olszowski, hat eine Rechnung aufgemacht, die keineswegs geeignet ist, sehr hoffnungsfreudig zu stimmen: Großbritannien hat in seinen Verträgen mit Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland sich für die Deckung des Kohlenbedarfs dieser Staaten folgende Mindestkontingente ausbedungen: in Dänemark 80 v. H., in Finnland 75 v. H., in Norwegen 70 v. H. und in Schweden 47 v. H. Der überschießende Rest kann nach dem bisherigen Bedarf dieser Länder auf zusammen rund 3,7 Mill. To. geschätzt werden. Um diesen Rest haben also nun Großbritannien, das Ruhrrevier und Polen zu kämpfen. Im verflossenen Jahre haben sich die Verträge noch nicht voll ausgewirkt. Für das neue Jahr könnte aber günstigsten Falles mit einem Absatz polnischer Kohle nach diesen Ländern von 3 bis 3,5 Mill. To. gerechnet werden. Das bedeutet gegenüber 1932 einen Verlust von 2 Mill. To., gegen 1931 sogar eine Verminderung auf die Hälfte. Dazu ist Großbritannien dabei, in ähnlicher Weise seinen Kohlenabsatz auch in anderen Ländern zu sichern, so daß die Möglichkeiten, der polnischen Kohle andere Absatzgebiete zu erschließen, immer mehr eingeengt werden. So rückt wieder das Problem in den Vordergrund, wie den Kohlengruben in Ostoberschlesien ein ausreichender Absatz und ihren Arbeitern die Arbeitsmöglichkeit erhalten werden kann. Gegen 1929 ist im Jahre 1933 die Förderung um mehr als 40 v. H. zurückgegangen. Eine derartige Schrumpfung ist in keinem anderen Kohlenproduktionslande Europas eingetreten. Der gesamte polnische Inlandsbedarf an Steinkohlen betrug in den letzten Jahren durchschnittlich 15 Mill. To. Er könnte — wie Olszowski feststellt — bei voller Ausnutzung der Gruben des Dombrowaer Reviers von diesem allein gedeckt werden. Das heißt, mit anderen Worten ausgedrückt: Polen hat eigentlich überhaupt keinen Bedarf für die Steinkohle Oberschlesiens.

Die Juden in Polen.

Die „Gazeta Warszawska" brachte am 24. Januar eine Liste der jüdischen Rechtsanwälte in Tschenstochau. Am 31. Oktober v. J. betrug die Zahl dieser Anwälte 18, die der jüdischen Anwaltsgehilfen belief sich auf 8. Die Verjudung dieses Berufs hat dort seit 1927 schnelle Fortschritte gemacht. 1927 gab es in Tschenstochau 5 polnische und 5 jüdische Rechtsanwälte. 1930 zählte man bereits 8 polnische und 9 jüdische Rechtsanwälte, und 1933 waren es 18 Juden und nur 12 Polen. Die Zahl der polnischen Anwaltsgehilfen betrug am 31. Oktober 1933 nur drei. Die Zahl der jüdischen Ärzte in Tschenstochau beläuft sich demselben Blatt zufolge auf 40, die der polnischen Ärzte auf 43. Die jüdische Bevölkerung von Tschenstochau ist 27 000 Köpfe stark und bildet 22 v. H. der Gesamtbevölkerung der Stadt. Dagegen machen die Juden dort im Anwaltsstande 60 v. H. im Ärztestande 50 v. H. aus.

Die Jüdische Naturwissenschaftliche Vereinigung hatte in Warschau eine Ausstellung von Arbeiten des jüdischen Malers Abram Gutermann eröffnet. Die polnischen Behörden stellten fest, daß die ausgestellten Bilder geeignet sind, das polnische Staatswappen zu beleidigen und die religiösen Gefühle der christlichen Bevölkerung zu verletzen. Die Ausstellung wurde daher polizeilich geschlossen, und der jüdische „Künstler" wurde verhaftet.

Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska" beschäftigte sich am 8. Februar in einem längeren Artikel mit der Einstellung der Ukrainer zur jüdischen Frage. Im östlichen Polen, so schreibt das Blatt u. a., hätten sich bisher nur die Polen als aktive Antisemiten erwiesen. Die Ukrainer hätten sich den Juden gegenüber im allgemeinen passiv verhalten; trotzdem sie als ungebildetes Bauernvolk von den jüdischen Händlern ausgenutzt würden und gefühlsmäßig seit Jahrhunderten antisemitisch eingestellt seien. Aber die ukrainische Gebildetenschicht habe, obwohl sie dem Dorfe entstamme, in den Juden bisher ihre Bundesgenossen gegenüber den Polen gesehen; sie habe sich nicht nur nicht am Kampf gegen die Juden beteiligt, sondern die Juden sogar unterstützt oder sie zum mindesten stillschweigend geduldet. Im November 1918, schreibt die „Gazeta Warszawska" dann, sei das ukrainisch-jüdische Bündnis gegen die Polen am deutlichsten zum Ausdruck gekommen; damals hätte „die jüdische Miliz Schulter an Schulter mit den Ukrainern auf den Straßen Lembergs gegen die in die Stadt einrückenden polnischen Truppen gekämpft." Von den Juden werde diese Tatsache heute freilich in Abrede gestellt. Und auch im Lager der Ukrainer habe sich in den 15 Jahren, die seitdem verflossen sind, manches hinsichtlich des Verhältnisses zu den Juden geändert. Die Ukrainer hätten auf dem Gebiete der Wirtschaftsorganisation eine starke Initiative entfaltet. Die genossenschaftliche Bewegung habe unter ihnen erhebliche Fortschritte gemacht. Dabei seien sie auf die entschiedene Gegnerschaft der Juden gestoßen, die nun, da sie durch die ukrainische wirtschaftliche Selbsthilfebewegung in ihrem Geschäftsinteresse bedroht wurden, mit einem Male ihren „polnischen Patriotismus" entdeckten und (was die „Gazeta Warszawska" freilich nicht sagt) die polnischen Behörden zeitweilig mit sichtbarem Erfolg gegen das ukrainische Genossenschaftswesen aufzuputschen verstanden. Von der wirtschaftlichen Seite her seien also im ukrainischen Bauern und dann auch in den übrigen ukrainischen Schichten die bis dahin schlummernden judenfeindlichen Tendenzen zum Durchbruch gekommen, und seit etwa einem Jahre komme es in Ostgalizien immer häufiger zu Ausschreitungen der ukrainischen Bevölkerung gegen die Juden.

Das Osteuropa-Institut in Breslau.

Prof. Dr. Laubert veröffentlichte in der „Schlesischen Zeitung“ nachstehenden Artikel über die Aufgaben des Osteuropa-Institutes an der Universität Breslau.

Das in der Kriegszeit geschaffene Osteuropa-Institut in Breslau hat sich den vielfach veränderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen der letzten anderthalb Jahrzehnte in seinem Aufgabenkreis und seinen Arbeitsmethoden anpassen müssen. Es ist deshalb nicht zu einer geradlinigen Entwicklung gekommen, und es war begreiflicherweise mannigfachen Angriffen ausgesetzt. Der Sieg des nationalsozialistischen Staatsgedankens mit seiner klaren Zusammenfassung der deutschen Lebenskräfte für unsere Selbstbehauptung im Osten hat dann seit dem letzten Frühjahr auch für das Osteuropa-Institut nochmals eine neue Lage geschaffen, der durch eine grundlegende Reform Rechnung getragen werden soll.

Fortan wird es Aufgabe des Instituts sein, die Schlesien am unmittelbarsten berührenden Probleme und die der Provinz raumpolitisch am nächsten liegenden Fragenkomplexe in erster Linie zu berücksichtigen. Dabei ist freilich beabsichtigt, die auf anderen Gebieten geschaffenen wertvollen Ansätze nicht verkümmern zu lassen, sondern sie innerhalb des gebotenen Rahmens fortzuführen. Unter anderem soll die Rechtsabteilung ihre Forschungs- und Beratungstätigkeit, die vielfach von dem Auslanddeutschtum in Anspruch genommen wird, fortführen. Ebenso werden das in seiner Art einzig dastehende Archiv und die damit verbundene Auswertung der über die Entwicklung Rußlands gesammelten Nachrichten weiterhin gebührende Pflege finden.

Daneben aber ist das Institut dazu ausersehen, der Mittelpunkt für unsere geistige Rüstung bei der Auseinandersetzung im nahen Osten zu werden, wo die Dinge immer stärker nach einer Lösung drängen. Der 1937 bevorstehende Ablauf der Genfer Konvention über Oberschlesien, die neuerliche Schwenkung der polnischen Politik gegenüber Sowjetrußland, die zwischen beiden Ländern sich vollziehende wirtschaftliche Annäherung, die im Donauraum sich anbahnenden Veränderungen, insbesondere aber der in Deutschland vollzogene Umbruch erfordern eine neue, mit den außenpolitischen Richtlinien des Nationalsozialismus im Einklang stehende Arbeit. Dieser Einklang wird durch die Personalunion zwischen den Ämtern des Kuratoriumsvorsitzenden und des schlesischen Landesführers im Bund Deutscher Osten einerseits, des Institutsleiters und Betreuers von Wissenschaft und Forschung innerhalb jenes Bundes andererseits gewährleistet.

Jene Richtlinien aber fordern für unser Volk und Vaterland Gleichberechtigung, auch in wirtschaftlicher Beziehung, zur Nutzbarmachung und Eingliederung der deutschen Arbeitskräfte im ostmitteleuropäischen Raum, Überbrückung vermöge gegenseitiger Anerkennung berechtigter Lebensinteressen und Sicherheit aller beteiligten Mächte zur freien Entfaltung aufbauender Tätigkeit.

Ein wichtiger Abschnitt des hieraus sich ergebenden Arbeitskreises betrifft die Darlegung der verletzten deutschen Rechtsansprüche und die Zurückweisung der feindlichen Propaganda, eine Klarstellung des alten, zum Segen unseres östlichen Vorfeldes ausgeübten deutschen Kultureinflusses und des sich gegenseitig ergänzenden Zusammenwirkens der von beiden Seiten ausgehenden Kräfte. Sodann stellt das Institut in seinen Bereich die Betreuung der deutschen Volksgenossen unter fremder Herrschaft durch Aufklärung über deren Kampf um Sprache und Heimat und durch Erschließung des hierfür erforderlichen Materials, z. B. auf dem Gebiete des Rechts. Alle diese Obliegenheiten sollen hinfort wahrgenommen werden mit besonderer Berücksichtigung der gesamtschlesischen Interessen. Dementsprechend wird sich auch die Publikationstätigkeit des Instituts vorwiegend diesen Stoffen zuwenden.

Selbstverständlich ist es, daß das Osteuropa-Institut seinen streng wissenschaftlichen Charakter wahren wird; es hat lediglich durch das Medium unparteiischer Forschung dem Politiker und Wirtschaftler das Handwerkszeug zu liefern, dessen diese für die Erfüllung ihrer Aufgaben bedürfen. Ebenso selbstverständlich ist es aber, daß die hier skizzierte Tätigkeit nur geleistet werden kann, wenn dem Institut aus der schlesischen und gesamtdeutschen Bevölkerung Verständnis, Mitarbeit und finanzielle Unterstützung zuteil werden. Dieser Appell gilt auch der Jugend, die sich heute mit Begeisterung den ostdeutschen Fragen zuwendet. Insbesondere ist eine engere Verbindung mit der Studentenschaft geplant. Weiter bedarf es einer Umlenkung der heut noch zu geldlichen Beihilfen fähigen Stellen. Der deutsche Osten darf und muß verlangen, daß ihm im Geistesleben der Nation der gebührende Platz eingeräumt wird. Nicht die Klage über die fehlenden, sondern die richtige Verteilung der vorhandenen Mittel fördert die Dinge. Gerade an dieser hat es aber bisher häufig gefehlt. Während für uns verhältnismäßig fern liegende Forschungen bis vor kurzem aus übertriebenem Kleben an den Gewohnheiten der gesegneten Vorkriegszeit Riesensummen aufgewandt wurden, hat sich die deutsche Wissenschaft beim Studium der Ostprobleme oft in kümmerlicher Weise durchhelfen müssen. Nicht nur ein Teil unserer Verwaltungsstellen hat hier versagt, sondern auch der Konservatismus der Hochschulen usw. hat sich unangenehm fühlbar gemacht. Eine sachgemäße Durchforstung unserer geistigen Produktion erscheint in der heutigen Zeit unvermeidlich, und das Absägen überständiger Äste, um neu aufsprießenden Trieben am Baum der Wissenschaft Luft zu verschaffen, ist keine Wendung zur Kulturlosigkeit; denn auch Kultur für sich allein ist zwecklos, wenn sie nicht in lebendiger Fühlung mit dem Volksganzen steht; auch sie ist raum- und zeitgebunden.

Es bedarf häufig nicht einmal großer Opfer, um eine Besserung anzubahnen; schon die bereitwillige Aufnahme der Institutsveröffentlichungen auf dem Büchermarkt, in Lesehallen und Stadtbüchereien an Stelle mancher entbehrlicher und für unsere staatspolitische Schulung minder wertvoller Schriften könnte fühlbar Entlastung bringen. Darüber hinaus sind freilich die in letzter Zeit durchweg stark gekürzten oder ganz gestrichenen Zuwendungen privater Gönner, Behörden und öffentlicher Körperschaften das Rückgrat des Instituts, und ihr weiteres Zusammenschrumpfen müßte dessen Tätigkeit völlig lahmlegen. Das Osteuropa-Institut soll sich nicht bloß seiner Stellung und Aufgabe gegenüber Schlesien und dem deutschen Osten würdig zeigen, sondern auch Schlesien und seine Bevölkerung müssen erweisen, daß sie sich der durch diese Zentralstelle ostmärkischer Forschung ihnen gewordenen Auszeichnung und Begünstigung bewußt und sie mit Opfermut zu fördern gewillt sind.

Litauische Fragen.

Das neue Zuchthausgesetz.

Die litauische Regierung hat zu einem vernichtenden Schlage gegen die memelländische Sozialistische Volksgemeinschaft ausgeholt, die bei ihr in dem Verdacht steht, Beziehungen zur NSDAP. im Reiche zu unterhalten. Am 9. Februar wurden der Führer der Partei, Dr. Neumann, sowie einige führende Mitglieder von der Staatssicherheitspolizei verhaftet. Zu gleicher Zeit hat der litauische Staatspräsident Smetona mit sofortiger Wirkung das seit längerer Zeit vorliegende „Gesetz zum Schutz von Volk und Staat“ erlassen, durch das die bisherigen Bestimmungen ergänzt und verschärft werden. In dem aus 38 Paragraphen bestehenden Gesetz heißt es u. a.: Wer das litauische Volk, den Staat oder die staatlichen Hoheitszeichen beleidigt oder verächtlich macht, wird mit Gefängnis oder Zuchthaus bis zu vier Jahren bestraft. Wer die staatliche Zuverlässigkeit der litauischen Staatsangehörigen, ihre Einigkeit oder ihr Nationalbewußtsein einschläfert oder schwächt, wird mit Gefängnis bestraft, und wenn ein solches Vergehen von Beamten oder Angestellten des Staates und seines autonomen Gebietes oder Organen des öffentlichen Rechtes unter Einsatz der amtlichen Befugnisse begangen wird, so erfolgt Bestrafung des Beamten mit bis zu 4 Jahren Zuchthaus. Zuchthausstrafe droht litauischen Staatsangehörigen, die mit ausländischen Stellen oder Organisationen Beziehungen unterhalten, durch die die staatliche Zuverlässigkeit in Frage gestellt wird. Die gleiche Strafe trifft litauische Staatsangehörige, die einer ausländischen Organisation angehören, deren Tätigkeit nicht in Einklang mit den Interessen Litauens steht. Ein Beamter oder Angestellter des Staates oder seines autonomen Gebietes oder einer öffentlichen Stelle, der die litauischen Gesetze sabotiert oder andere dazu beeinflußt, wird mit Zuchthaus bis zu 4 Jahren bestraft, ebenso wenn er wirtschaftliche Beziehungen zu Handlungen benutzt, die die Interessen des litauischen Staates schädigen.

Herausgeber oder Verfasser eines Druckerzeugnisses, das ganz oder teilweise mit materieller Unterstützung des Auslandes herausgegeben wird oder dessen Veröffentlichung den Interessen des Staates oder des litauischen Volkes entgegensteht, werden mit je 20 000 Lit bestraft. Dieselbe Strafe droht Personen, die an der Spitze einer vom Auslande materiell unterstützten nicht erlaubten Organisation stehen. Ferner sieht das Gesetz verschärfte Bestimmungen über die Zugehörigkeit zu Organisationen und über den Besitz fremder Abzeichen und Verdienstorden vor. Die Kennzeichnung der strafbaren Handlung untersteht der Staatsanwaltschaft der Kownoer Appellationskammer, wobei die Vernehmung durch die Staatssicherheitspolizei oder durch die öffentliche Polizei durchgeführt wird.

Protest der Signatarmächte.

Jede einzelne Bestimmung dieses neuen litauischen Zuchthausgesetzes ist eine Verletzung des Memelstatuts. In Kauen hat man anscheinend geglaubt, sich nun, da Deutschland Genf verlassen und sich auch aus dem Haag zurückgezogen hat, alles herausnehmen und sich über das Autonomiestatut völlig hinwegsetzen zu können. Man hat sich getäuscht: Nachdem Deutschland die vor kurzem angekündigte Entlassung von über 1000 reichsdeutschen Beamten und Angestellten im Memellande mit wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen beantwortet hat, haben sich jetzt die Signatarmächte des Memelstatuts, England, Frankreich und Italien, nach Kauen gewandt und durch ihre Gesandten im litauischen Außenministerium erklären lassen, daß sie diese

neue Verletzung der Memelautonomie nicht widerspruchslos hinnehmen könnten.

Smetona über das Memelproblem.

Der litauische Staatspräsident Smetona hat sich einem Vertreter des Kauener „Lietuwos Keleiwis“ gegenüber über die Memelfrage geäußert. Er hat dabei in vorsichtig verschleierter Form Behauptungen aufgestellt, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Vor allen Dingen hat sich Smetona mit der natürlichen wirtschaftlichen Verbundenheit des Memelgebietes mit dem litauischen Staate befaßt. Daß für den Hafen von Memel Litauen das gegebene Hinterland ist, daß beide daher zusammenarbeiten müssen, wird von niemandem bestritten. Aber Kauen leitet aus dieser Tatsache das Recht ab, nach eigenem Gutdünken mit dem Hafen und seiner deutschen Stadt zu verfahren. Es benutzt die verkehrspolitische Abhängigkeit des Memeler Hafens vom litauischen Hinterlande dazu, um vom memelländischen Deutschtum die Preisgabe alter völkischer Rechte zu fordern und zu erzwingen. Daß sich das Deutschtum gegen eine solche Erpressertaktik zur Wehr setzt, ist nur natürlich. Und daß durch ein Hineintragen nationaler Forderungen die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Memelgebiet und Litauen gestört und beunruhigt wird, ist verständlich. Um den Hafen von Memel als wirtschaftlichen Zugang zum Meer zu besitzen, bedürfte es keiner Zwangsmaßnahmen von litauischer Seite, denn die Deutschen in Memel wissen die geschäftlichen Vorteile einer Zusammenarbeit mit Litauen auch ohnedies gebührend zu schätzen. Ihr Interesse an dieser Zusammenarbeit wird aber erklärlicherweise durch die Erfahrung getrübt, daß Litauen in Memel auch andere als bloß wirtschaftliche Ziele verfolgt.

Smetona hat in seinem Interview u. a. gesagt: „Wir achten auch die Größe der deutschen Kultur; sie gab der Menschheit tiefe Gedanken und große Poeten. Viele dieser Dichter standen auch dem Geist unseres Volkes nicht fremd gegenüber. Es genügt, an Lessing und Goethe zu erinnern, die die litauischen Volkslieder bewunderten. Denken wir auch“, so fuhr Smetona dann fort, „an den Philosophen Kant. Streitet man doch sogar darüber, ob dieser nicht litauischer Abstammung war (!!). Wir sind geneigt, diese Meinung zu haben (!!). Wir Litauer sind die Nachbarn der Deutschen und wir können von ihnen lernen. Aber eine Zusammenarbeit der Völker ist nur auf einer moralischen und gerechten Grundlage möglich.“ Glaubt Smetona nun, daß der Memelgouverneur Navakas die geeignete Persönlichkeit ist, der deutsch-litauischen Zusammenarbeit die von ihm geforderte „moralische und gerechte Grundlage“ zu sichern? Wo bleibt die betonte Achtung vor der deutschen Kultur, wenn er den Memelbewohnern das Recht streitig macht, sich nach freiem Willen zu dieser Kultur zu bekennen, und wenn er dieses Bekenntnis zum Deutschtum als eine „Entnationalisierung“ bezeichnet, die Litauen „unter keinen Umständen“ zu dulden bereit ist, wenn er also zu erkennen gibt, daß diese freie Willensentscheidung der Memelbewohner durch die Gewalt staatlicher Maßnahmen korrigiert werden soll? „Die Zentralregierung (in Kauen)“, so behauptet Smetona, „denkt niemals daran, die Autonomie einzuengen.“ Hat Smetona aber nicht vor einigen Jahren schon selber einmal ausdrücklich feststellen müssen, daß es kaum noch eine einzige Bestimmung des Memelstatuts gibt, die von Litauen noch nicht verletzt worden ist? „Die Autonomie“, so sagt er, „soll den lebendigen Interessen der Bewohner des Gebietes dienen.“ Aber steht es dann nicht auch in allererster Linie diesen Bewohnern zu, darüber zu entscheiden, ob das der Fall ist? Soll es etwa ihren lebendigen Interessen entsprechen, wenn sie auf das soziale Niveau der schamaitischen Bauern herabgedrückt werden? Und soll Deutschland etwa tatenlos zusehen, wie der Schutz, den das Memelstatut dem Deutschtum des Gebietes gewährt hat, durch Begriffsspielereien hinwegdisputiert und durch fortgesetzte Rechtsverletzungen mehr und mehr außer Kraft gesetzt wird?

Das Schulwesen im Memelgebiet.

Über das Schulwesen des Memelgebietes gibt folgende Übersicht Auskunft, die sich auf die Angaben der „Statistischen Mitteilungen des Memelgebietes“ stützt. Die Angaben beziehen sich auf den Stand vom 15. Mai 1933:

Schultyp	Zahl der Schulen	Kinder	Lehrer
Öffentliche Volksschulen	236	18 374	442
Private Volksschulen	12	516	17
Anstaltsschulen	2	59	3
Taubstummenanstalten	1	28	3
Öffentliche Mittelschulen	2	596	25
Öffentliche höhere Schulen	4	1 242	74
Private Mittel- und höhere Schulen	8	487	22
Lehrerseminare	1	102	11

Außerdem gibt es noch acht gewerbliche und kaufmännische Fortbildungsschulen, eine städtische Haushaltungsschule, je eine Drogisten-, Seefischer-, Schneiderfachschule, drei Handelsschulen und eine Reihe weiterer Berufsschulen. Bis auf geringe Ausnahmen sind alle Schulen des Memelgebietes deutsche Unterrichtsbetriebe. Litauisch sind die zwölf privaten Volksschulen, die vom litauischen Schulverein gegründet worden sind. Von diesen zwölf Schulen sind fünf zweiklassig und die übrigen sieben einklassig. Gegen das Vorjahr ist die Zahl der diese Schulen besuchenden Kinder um 84 gestiegen. Gleichfalls litauisch sind zwei von den acht Privatschulen mit mittlerem oder höherem Schulziel. An diesen beiden Schulen, einem Progymnasium in Pogegen und einer Mittelschule in Heydekrug, werden 363 Schüler von 12 Lehrkräften unterrichtet. Es gab am 15. Mai v. J. also unter den 21 274 Schülern der 254 öffentlichen und privaten Volks-, Mittel- und höheren Schulen des Memelgebietes 879 litauische Schüler in 14 Schulen.

Die litauische Presse bringt die Nachricht, daß die memelländischen Juden, deren Kinder bisher in die deutschen Schulen gegangen sind, beabsichtigen, ein eigenes Gymnasium mit hebräischer Unterrichtssprache zu gründen. Das Direktorium soll angeblich zugesagt haben, diese neue Anstalt zu subventionieren. Das litauische Blatt kann sich der Bemerkung nicht enthalten, daß die Memelländer „nach dem Muster des deutschen Nazisystems ihre Kinder nicht mehr zusammen in einer Schule mit nichtarischen, jüdischen Kindern unterrichten lassen“ könnten.

Litauen und England.

Litauen legt großen Wert darauf, mit England enge handelspolitische Beziehungen zu unterhalten. Es ist ihm auch gelungen, mit seinem Agrarexport auf dem englischen Markte Fuß zu fassen. Doch begegnet dieser Export nach England, mit dem Litauen sich wirtschaftlich von Deutschland möglichst unabhängig zu machen gedenkt, erheblichen Schwierigkeiten. Bei den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen wird London darauf bedacht sein, das bisherige Passivum seines Warenverkehrs mit Litauen zu beseitigen. Es wird (worauf man sich in Litauen auch schon gefaßt gemacht hat) die Einfuhr litauischer Landwirtschaftserzeugnisse im Interesse seiner heimischen Produktion und der Produktion seiner Kolonien und Dominien einschränken und nur in demselben Maße Zugeständnisse an Litauen machen, in dem dieses bereit ist, englische Waren aufzunehmen. Das würde bedeuten, daß Litauen, wenn es seinen Export nach England einigermaßen aufrechterhalten will, seine handelspolitischen Beziehungen zu anderen Staaten, insbesondere zu Deutschland, entsprechend einschränken müßte. Das wäre für Litauen jedoch mit erheblichen Nachteilen verbunden. Während die Länder, mit denen England bisher schon neue Handelsverträge abgeschlossen hat —, Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland — ihre Währung ebenso wie England gesenkt haben, ist Litauen der erste europäische Agrarstaat mit fester Währung, der an den Abschluß eines Handelsvertrages mit England herangeht. Es befindet sich trotz der Senkung seiner Produktions- und Lebenshaltungskosten, die seit 1931 eingetreten ist, dabei in einer schwierigeren Lage als die übrigen erwähnten Länder, die durch den Preissturz in England im Gefolge der Pfundentwertung nicht belastet werden. Die Gewinnaussichten des litauischen Handels mit England sind beträchtlich geringer als die der anderen Staaten mit entwerteter Valuta. Es besteht sogar die Gefahr, daß der Erlös, den Litauen mit seinen Agrarprodukten auf dem englischen Markte erzielen kann, nicht einmal mehr seine Produktionskosten zu decken vermag. Dagegen liegen in Deutschland die Preisverhältnisse und Gewinnaussichten für Litauen trotz der hohen deutschen Zölle erheblich günstiger. So betrugen die Durchschnittserlöse für 1000 Kilogramm Butter beim Export nach Deutschland in der Zeit vom Januar bis November 1933 3207 Lit, beim Export nach England dagegen nur 2044 Lit. Im November 1933 war die Spanne noch erheblich höher: beim Export nach Deutschland 4145 Lit, nach England dagegen nur 2225 Lit. Der Export nach Deutschland läßt also eine erhebliche Gewinnspanne; der Export nach England bringt nur niedrige Gewinne und wird in Zukunft vielleicht sogar laufende Zuschüsse erfordern. Die handelspolitische Absonderung von Deutschland, die eine notwendige Folge des litauischen Verhaltens gegenüber Deutschland ist, wird für den litauischen Bauern also unter Umständen ein sehr schlechtes Geschäft. Er kann sich dafür bei seiner Regierung bedanken.

Antisemitismus an der Universität Kauen.

Eine bemerkenswerte antisemitische Maßnahme wurde kürzlich von der Kauener Universität getroffen. Zum Studium hatten sich 80 jüdische Studenten neu gemeldet. Auf Grund der neuen Aufnahmebedingungen für das Hochschulstudium haben sich die zur Immatrikulation meldenden Studenten einer litauischen Sprachprüfung zu unterziehen. Diese Prüfung bietet die Möglichkeit, die zum Hochschulstudium drängenden Personen nach nationallitauischen Gesichtspunkten zu sieben. Von dieser Möglichkeit wurde gegenüber den sich meldenden Juden jetzt auch ausgiebig Gebrauch gemacht. Von den 80 jüdischen Anwärtern hat nur eine einzige Jüdin die Sprachprüfung bestanden. Die übrigen 79 fielen durch und sind damit vom regulären Universitätsbesuch ausgeschlossen. Die Prüflinge hatten im Abiturientenexamen sämtlich die litauische Sprachprüfung bestanden.

Bücher und Filme.

Die Bromberger „Deutsche Rundschau" brachte am 31. Januar eine Aufstellung der in Polen verbotenen deutschen Bücher:

Adolf Hitler: Mein Kampf.
Moeller van den Bruck: Das Dritte Reich.
Erich Czech-Jochberg: Deutsche Geschichte.
Erich Czech-Jochberg: Hitler.
Alfred Rosenberg: Der Mythos des 20. Jahrhunderts.
Alfred Rosenberg: Das Wesensgefüge des Nationalsozialismus.
Albert Brackmann: Deutschland und Polen.
Otto Dietrich: Mit Hitler in die Macht.
Hitler über Deutschland.
Höper: Hitler.
Programm der NSDAP.
Huber: Das ist Nationalsozialismus.
Haensel-Strahl: Politisches ABC des neuen Reiches.
Bley: SA. marschiert.
Ullmann: Durchbruch zur Nation — Geschichte des deutschen Volkes 1919—1933.
Bochow: Männer unter dem Stahlhelm.
Edwin Dwinger: Wir rufen Deutschland.
Werner Beumelburg: Deutschland in Ketten.
Brandt: Weg durch die Hölle.
Ewald Banse: Raum und Volk im Weltkriege.
Hans Heinz Ewers: Reiter in deutscher Nacht.
A. L. Schlageter.
Schlageter, ein deutsches Heldenschicksal.
Politische Beichte eines deutschen Prinzen.
Oertzen: Kamerad, reich mir die Hand.
Fr. Heiß und Hillen-Ziegfeld: Deutschland und der Korridor.
Karl C. v. Loesch: Das Antlitz der Grenzlande.
Skowronnek: Pommerland.
Bojka: Polen, das Gefängnis der Völker.
Ernst Otto Thiele: Polen greift an.
Rudolf Schricker: Kampf um Oberschlesien.
Zittbogen: Was jeder Deutsche vom Grenz- und Auslandsdeutschtum wissen muß.
Wilhelm Kotzde: Burg im Osten.

Diese Zusammenstellung kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Unter den verbotenen Büchern befinden sich grundlegende Werke über den Nationalsozialismus, allen voran die Werke von Adolf Hitler und Alfred Rosenberg und das Programm der NSDAP.; weiter Bücher, die das Werden des Nationalsozialismus in Deutschland beschreiben, und die den polnischen Behörden, obwohl sie keinerlei Angriffe gegen Polen enthalten, doch insofern gefährlich erschienen sein mochten, als sie geeignet sind, Verständnis für die deutsche Erhebung zu wecken. Vergebens sucht man nach einem triftigen Grund für das Verbot etwa der Schlageterbiographien. Nicht zugelassen sind auch einige Romane von Skowronnek, Dwinger, Kotzde und Ewers. Es verdient jedoch festgestellt zu werden, daß keines dieser Bücher solche Angriffe und Ausfälle gegen Polen enthält, wie sie sich z. B. Henryk Sienkiewicz in einigen seiner Romane gegen Deutschland geleistet hat, ohne daß man in Deutschland jemals auf den Gedanken gekommen wäre, derartige polnische Bücher zu verbieten. Merkwürdig mutet es an, daß auch das vom Generaldirektor der Preußischen Staatsarchive Prof. Brackmann herausgegebene Werk „Deutschland und Polen" auf der Verbotsliste steht. Dieses Werk, an dem eine Reihe der hervorragendsten deutschen Historiker mitgearbeitet hat, stellt den Ablauf der geschichtlichen Entwicklung zwar vielfach anders dar, als es in der polnischen Literatur der Fall zu sein pflegt, aber es geht, wie der Herausgeber im Vorwort betont hat, nicht von den Gegensätzen zwischen Deutschen und Polen aus, sondern dient der Verständigung der beiden Völker, die „seit über tausend Jahren in engster Raumgemeinschaft und deshalb in besonders nahen politischen und kulturellen Beziehungen gestanden haben", und es bemüht sich mit unzweifelhaftem Erfolg, „die Geschichte, statt sie zur Erregung von Gegensätzen und Leidenschaften mißbrauchen zu lassen, zunächst einmal in den Dienst des Verständnisses der so erwachsenen Berührungen zu stellen". Der Annäherung zwischen Deutschland und Polen wird durch das Verbot derartiger Bücher ganz gewiß nicht gedient. Vollends unmöglich aber sollte es nach dem Pakt vom 26. Januar sein, daß der Verbreitung von Büchern wie Hitlers „Mein Kampf" in Polen auch weiterhin noch Schwierigkeiten bereitet werden.

*

In Neubabelsberg ist ein neuer Ufa-Film, der den polnischen Tenor Jan Kiepura in der Hauptrolle zeigt, im Entstehen. Der Ruhm des polnischen Sängers wurde von Deutschland geschaffen. Mit der „Singenden Stadt" ging der Name des Polen zum erstenmal durch die Welt. In Sosnowitz ist Jan Kiepura geboren, in der Stadt, deren Industrie einstmals von deutschen Werkmeistern und Ingenieuren mit deutschem Kapital aufgebaut wurde und die ein geistvoller Franzose einmal als einen „barfüßigen Strolch im Zylinder" bezeichnet hat. Heute gehört Kiepura in Berlin-Grunewald zu den Villenbesitzern, die es nach dem nationalsozialistischen Umsturz nicht nötig hatten, über die Grenze zu wechseln. Eine Frage sei in diesem Zusammenhang erlaubt. Werden die Polen jetzt endlich einmal Gelegenheit haben, ihren Kiepura auf der Leinwand zu sehen? Wenn die polnischen Behörden noch weiter am Verbot deutscher Filme festhalten, dann werden die Kattowitzer Patrioten schließlich wieder über die nahe Grenze nach Beuthen fahren, um Kiepura singen zu hören und spielen zu sehen, dann wird schließlich vielleicht auch dem Wojewoden Grazynski nichts anderes übrigbleiben, als ein Beuthener Kino aufzusuchen, um sich an der Kunst seines klügeren Landsmannes zu freuen. Vielleicht trägt dieser neue Kiepura-Film dazu bei, das unsinnige Verbot deutschsprachiger Filme in Polen zu Fall zu bringen. Und vielleicht haben die Kattowitzer auch noch einmal die Freude, nicht nur den Sänger aus dem benachbarten Sosnowitz, sondern auch den aus ihrer eigenen Stadt stammenden deutschen Künstler Willy Fritsch in den Lichtspieltheatern ihrer Stadt zu erleben. Kiepura hat mit Hilfe des deutschen Filmes seinen Weg in die Welt gefunden. Wird Kiepura nun auch dem deutschen Film den Weg nach Polen öffnen?

Ostland-Woche.

Der Wortlaut des Balkanpaktes.

Der Balkanpakt wurde am 9. Februar in Athen unterzeichnet. In der Präambel wird auf den Kelloggpakt Bezug genommen und ist von der festen Entschlossenheit der vertragschließenden Mächte die Rede, „die Achtung der bereits bestehenden vertraglichen Verpflichtungen und die Aufrechterhaltung der gegenwärtig auf dem Balkan herrschenden territorialen Ordnung zu sichern". Der Pakt umfaßt drei Artikel:

Artikel 1: Rumänien, Griechenland, die Türkei und Südslawien garantieren sich gegenseitig die Sicherheit ihrer Balkangrenzen.

Artikel 2: Die vertragschließenden Parteien verpflichten sich, sich über die Maßnahmen zu verständigen, die im Hinblick auf Möglichkeiten zu ergreifen wären, die ihre Interessen, wie sie durch das vorliegende Abkommen bestimmt sind, betreffen würden. Sie verpflichten sich, keinerlei politische Aktion gegenüber jedem anderen Balkanstaat, der das vorliegende Abkommen nicht unterzeichnet hat, ohne vorherige gegenseitige Mitteilung zu unternehmen und keinerlei politische Verpflichtungen gegenüber jedem anderen Balkanstaat ohne Zustimmung der anderen vertragschließenden Parteien einzugehen.

Artikel 3: Das vorliegende Abkommen wird in Kraft treten, sobald es von allen vertragschließenden Parteien unterzeichnet ist. Es wird jedem anderen Balkanstaat offenstehen, dessen Beitritt Gegenstand wohlwollender Prüfung durch die vertragschließenden Parteien sein wird. Der Beitritt wird wirksam, sobald die anderen unterzeichnenden Staaten ihre Zustimmung bekanntgegeben haben.

Staatskommissar in Danzig.

Da die Danziger Stadtbürgerschaft nicht aus Mitgliedern zusammengesetzt ist, die die Durchführung der zur Behebung der Not von Volk und Staat in der Stadt Danzig erforderlichen Maßnahmen gewährleisten, hat der Senat zur Hebung dieses politischen Notstandes den nationalsozialistischen Stadtverordnetenvorsteher Hans Eggert zum Staatskommissar für die Stadtbürgerschaft eingesetzt. Der Staatskommissar hat die Aufgabe, an Stelle der Stadtbürgerschaft die dieser obliegenden Beschlüsse zu fassen. Durch die Einsetzung des Staatskommissars wird ein schnelles und reibungsloses Arbeiten der Verwaltung der Stadt Danzig, frei von parlamentarischen Auswüchsen, im nationalsozialistischen Sinne, an dem es bisher häufig gefehlt hat, gewährleistet.

Die Danzig-polnischen Verhandlungen.

Vom 6. bis 10. Februar fanden in Warschau Besprechungen zur Vorbereitung der bevorstehenden Verhandlungen über die Danzig-polnischen Zoll- und Wirtschaftsfragen statt. Hier gilt es, noch eine schwierige Frage zu lösen. Eine Annäherung der gegensätzlichen Auffassungen der Parteien war bisher noch nicht zu erzielen. Auf der einen Seite verlangt die polnische Regierung entsprechend ihrem beim Hohen Kommissar gestellten Antrage vom 1. März 1932 die Übertragung der Danziger Zollverwaltung auf Polen. Auf der anderen Seite fordert der Danziger Senat die Beseitigung der polnischen Zoll- oder richtiger: Wirtschaftskontrolle.

Oberst Beck in Moskau.

Oberst Beck hatte vor der außenpolitischen Kommission des Senates kürzlich erklärt, daß er sich der Pflege der polnisch-russischen Beziehungen persönlich annehmen werde. Schon als er das sagte, stand fest, daß er binnen kurzem in Moskau — als erster polnischer Außenminister seit Bestehen des neuen polnischen Staates — einen offiziellen Besuch abstatten werde. Die gesamte polnische Presse ist sich darin einig, daß der Moskauer Reise, die Beck am 13. Februar angetreten hat, eine „ungewöhnliche Bedeutung" zukommt. In der

offiziösen „Gazeta Polska“ läßt Oberst Miedzinski den eigentlichen Grund durchscheinen, der Warschau vor allem veranlaßt, freundschaftliche Beziehungen zu Moskau zu suchen. Der Besuch des polnischen Außenministers, so sagt er, „ist ein Beweis dafür, wie weit in der Welt alle die geirrt haben, die glauben wollten, daß man Staaten, die ein Gefühl für geschichtliche Verantwortung haben, wie Objekte in einem von anderen Partnern geführten Spiel behandeln könne.“ Das ist eine ziemlich deutliche Spitze gegen den Viererpakt Mussolinis, den ja Polen von Anfang an mit Entschiedenheit und mit einer in Frankreich seinerzeit peinlich empfundenen Heftigkeit abgelehnt hat. Zugleich ist es auch eine neue Absage an Frankreich, in dessen Machtsystem sich Polen nicht mehr willenlos einzuordnen bereit ist.

Einen bemerkenswerten Kommentar gibt der konservative „Czas“ zu Becks Moskauer Reise: Beck solle in Moskau drei Angelegenheiten besprechen, und zwar erstens die Lage der katholischen Kirche, vor allem der polnischen Katholiken in der Sowjetunion; wenn es Beck gelinge, in Moskau auseinanderzusetzen, daß eine Änderung der Politik der Sowjetregierung gegenüber der katholischen Kirche geeignet wäre, das Vertrauen zum Sowjetregime in der ganzen Welt und insbesondere in Polen zu stärken, so verdiente das, meint der „Czas“, die größte Anerkennung. Die zweite Angelegenheit sei die Einschränkung der kommunistischen Propaganda in Polen; die Einstellung dieser Propaganda werde zur Festigung der freundschaftlichen Gefühle Polens zu Rußland bedeutend beitragen können. Endlich solle Beck in Moskau über die Handelsbeziehungen sprechen; eine starke Belebung des polnisch-russischen Warenaustausches werde zum Wohlstand und zur wirtschaftlichen Entwicklung beider Länder beitragen. — Was Moskau anlangt, so hat man zur Zeit wohl deshalb besonderen Wert auf den Besuch des polnischen Außenministers gelegt, weil man nach dem Abschluß des deutsch-polnischen Paktes dort das wirkliche oder eingebildete Bedürfnis empfand, der Welt zu zeigen, daß die junge Freundschaft zwischen Kreml und Belvedere nach wie vor „blüht und gedeiht“.

Die Rassen- und Nationalitätenfrage in Polen.

Am 12. Februar gab der polnische Innenminister Pieracki im Warschauer Sejm einige grundsätzliche Erklärungen zum Rassen- und Nationalitätenproblem. Es heißt darin u. a.: Nicht dulden werde die Regierung alle Rassen- und Nationalitätenkämpfe. Der Rassenkampf sei der polnischen Volksseele völlig fremd. Das alte Polen habe seine Großmachtstellung dem Umstande zu verdanken gehabt, daß es verstanden habe, alle Staatsbürger ohne Unterschied ihrer Nationalität oder Rasse für den polnischen Staatsgedanken zu gewinnen. Es wäre für Polen verhängnisvoll, wenn die polnische Regierung sich jetzt den Rassengedanken zu eigen machen wollte, der anderwärts der Ausfluß der Konzeption der politischen Expansion sein könne, während er in Polen die gegenteiligen Resultate zeitigen müßte. Weder die polnische Geschichte noch auch die polnische Staatsraison lassen es zu, daß die Rassendoktrin nach Polen verpflanzt wird. Nach dieser scharfen Ablehnung des Rassenstandpunktes äußerte sich der Minister nur kurz zum Nationalitätenproblem. Die weitere Ausdehnung des polnischen Elementes in den Ostgebieten werde die Regierung fördern. Die nationalen Minderheiten, die sich bei jeder Gelegenheit über ihre Unterdrückung beklagen, seien oft genug der Störenfried in den gemischtsprachigen Gebieten. Auch in bezug auf die Minderheiten lehne die Regierung den übertriebenen nationalistischen Standpunkt ab. Die innere Konsolidierung des Landes habe Fortschritte gemacht, und die rechtliche Struktur sei der polnischen Individualität angepaßt worden. Das Volk habe die Psychologie der staatlichen Unfreiheit bereits überwunden.

Die Aussprache bewies, welche tiefe Unterschiede zwischen der Auffassung der Regierung und derjenigen der Opposition bestehen. Der rechte Flügel der Opposition lehnte den Rassenstandpunkt der Regierung scharf ab und verlangte Ausnahmegesetze gegen die Juden, von denen ein Teil zur Abwanderung gezwungen, während der Rest unter Ausnahmegesetz gestellt werden soll. Gegenwärtig genössen die Juden in Polen nicht nur alle Freiheiten, sondern sie seien im öffentlichen Leben begünstigt. Die übrigen Sprecher der Opposition bemühten sich, vor allem die Behauptung des Innenministers, daß die innere Konsolidierung des Landes Fortschritte mache, zu widerlegen. Das Land befinde sich infolge der schweren Wirtschaftskrise in einem Zustand vollständiger Apathie, worauf die Regierung stolz sei, und welche Tatsache sie dahin auslege, daß Polen ein Hort des Friedens sei, während es ringsum in Europa brodle und gäre. In Wirklichkeit aber stecke Polen im staatspolitischen Chaos; es habe noch keinen Weg gefunden, der es in eine gesicherte Zukunft hinausführen könnte.

„Der Deutsche in Polen.“

Seit dem 1. Februar erscheint in Kattowitz — wie angekündigt — als Organ der Deutschen Christlichen Volkspartei „Der Deutsche in Polen“. Diese Wochenschrift dient dem Senator Dr. Pant als Sprachrohr seiner klerikalen und — wie die „Polonia“ hervorhebt — nationalsozialistenfeindlichen Ideen. Die erste Nummer des Blattes, sagt die „Polonia“, zeige, daß sich die neue deutsche Partei gegen die Hitlerbewegung richte. Auch die Tätigkeit des Deutschen Volksbundes werde dort einer Kritik unterzogen. Es sei gut, stellt das Korfanty-Blatt mit Befriedigung fest, daß die katholischen Deutschen sich ein eigenes Organ geschaffen hätten; das werde „zur Klärung der Lage beitragen“ und „dem wohlverstandenen Interesse der loyalen Deutschen und des Staates dienen“. Es bleibt abzuwarten, wie weit Dr. Pant mit seiner Zersplitterungsarbeit zu gehen gedenkt. Daß er mit etwaigen hitlerfeindlichen Tendenzen viel Beifall im ostoberschlesischen Deutschtum finden wird, ist kaum anzunehmen. Übrigens hat der Herausgeber der früher in Bromberg erschienenen und handelsgerichtlich eingetragenen Wochenschrift „Der Deutsche in Polen“ gegen den Titel des neuen Pant-Organs Besitzrechte geltend gemacht.

Beschränkung der deutschen Versammlungsfreiheit.

Die schlesische Wojewodschaftsbehörde hat mit sofortiger Wirkung eine Verfügung erlassen, wonach in den Räumen der deutschen Privatschulen in Zukunft ohne vorherige Genehmigung der Wojewodschaft keine kulturellen Veranstaltungen deutscher Organisationen mehr stattfinden dürfen. Bisher war es üblich, daß Räume der deutschen Privatschulen, wie Turnhallen, Aulen usw. vom Deutschen Schulverein deutschen Vereinen zu kulturellen oder sportlichen Zwecken zur Verfügung gestellt wurden. Beim Bau der Schulen wurden einige Räume von vornherein für solche Zwecke geschaffen. Die Verordnung der Wojewodschaft stellt einen Eingriff in das Verfügungsrecht des Schuleigentümers dar. Die deutschen Organisationen, denen Versammlungsräume nicht zur Verfügung stehen, haben sich jetzt vor jeder Veranstaltung um Genehmigung an die Wojewodschaftsbehörden zu wenden. Mit welchen Schwierigkeiten das verbunden ist, wird jeder verstehen, der die Arbeitsweise der Grazynskileute kennt.

Deutsche Schule in Ostoberschlesien gefährdet.

In Michalkowitz (Kreis Kattowitz) ist das Weiterbestehen der deutschen Schule in Frage gestellt, da der Lehrer Bronne auf Verfügung der polnischen Schulbehörde entlassen worden ist. Die Schule wird von 68 Kindern besucht, während die Zahl im vorigen Jahr noch 108 betrug. Auch die deutsche Messe in der Pfarrkirche von Michalkowitz scheint gefährdet zu sein; der Pfarrer hat kürzlich erklärt, daß sie „infolge schlechten Besuches“ aufgehoben werden müsse.

Jugendpfleger Mielke im Gefängnis.

Der deutsche Jugendpfleger in Bromberg, der ehemalige Lehrer Mielke, befindet sich seit Ende Januar im Gefängnis. Es handelt sich um die Vollstreckung des seinerzeit vom polnischen Gericht gegen Mielke verhängten Urteils wegen „Geheimbündelei“ und „Beihilfe zu illegaler Grenzüberschreitung“. Die Geheimbündelei sah die polnische Staatsanwaltschaft in der angeblichen Zugehörigkeit Mielkes zum deutschen Pfadfinderbund und die Beihilfe zu illegaler Grenzüberschreitung in seiner Vermittlung bei der Beteiligung von 140 jugendlichen Deutschen an den Lehrgängen der deutschen Turnschule 1928/29. Der Prozeß ist durch alle Instanzen geführt worden und endete mit Mielkes Verurteilung zu zehn Monaten Gefängnis. Die Untersuchungshaft von zweieinhalb Monaten wurde von der Gesamtstrafe abgezogen und weitere fünf Monate auf die seinerzeit in Polen verkündete Amnestie angerechnet. Mielke hat demnach jetzt eine Haftstrafe von zweieinhalb Monaten zu verbüßen.

Volksdeutsche Tagung in Lodz.

Der Deutsche Volksverband in Polen, der zurzeit 294 Ortsgruppen mit fast 20 000 Mitgliedern zählt und der das kongreßpolnische Deutschtum erfaßt, hielt in Lodz seine zehnte Jahrestagung ab. Die Tagung war außergewöhnlich gut besucht — nahmen doch an ihr etwa 1200 deutsche Männer und Frauen teil — und zeichnete sich durch eine seltene Einmütigkeit und Geschlossenheit aus. Von den verschiedenen bedeutsamen Referaten seien die Ausführungen des Senators Dr. Utta über die Tätigkeit des deutschen Volksverbandes seit seiner vor zehn Jahren erfolgten Gründung hervorgehoben. Der Redner buchte als besonderen Erfolg der Verbandsarbeit, daß das Deutschtum in Polen bewiesen habe, daß es sein Volkstum, seine Eigenart und seine Sprache nicht preisgeben wolle und nicht preisgeben werde. Ein weiterer Erfolg sei in dem Kampf des Verbandes gegen die fortschreitende Liquidierung deutscher Schulen zu verzeichnen. Die auf dem Kongreß hauptsächlich zur Debatte stehenden Probleme fanden ihren Niederschlag in zwei einstimmig angenommenen Entschließungen. In der ersten wird den deutschen Sejmabgeordneten das Vertrauen ausgesprochen und der Abschluß des deutsch-polnischen Friedenspaktes begrüßt, von dem man sich verspricht, daß er eine wohlwollendere Behandlung der deutschen Minderheit seitens der polnischen Regierung zur Folge haben werde. Insbesondere wird dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß der Druck auf das staatliche deutsche Schulwesen endlich aufhöre. In der zweiten Entschließung lehnen die im Rahmen der Deutschen Volksverbandstagung zu einer geschlossenen evangelischen Versammlung zusammengetretenen ehemaligen Synodalen und Vertreter der evangelischen Gemeinden aus dem ganzen Warschauer Konsistorialbezirk den geplanten Kirchengesetzentwurf als völlig unannehmbar ab, da er dem Geiste der evangelisch-lutherischen Kirche und der Staatsverfassung widerspricht.

Der Fremdenverkehr in Polen.

Aus den vom Statistischen Hauptamt veröffentlichten Zahlen geht hervor, daß im Budgetjahr 1932/33 die polnischen Auslandsvertretungen 200 571 Ausländern Einreisevisen erteilt haben. Von diesen waren 112 567 Visen zum Aufenthalt in Polen und 88 004 Visen für die Durchreise bestimmt. Von der Gesamtzahl der erteilten Visen entfallen 191 050 auf Europa und 9521 auf die außereuropäischen Länder. Die polnischen Konsulate in Deutschland haben mehr als 50 v. H. aller Visen erteilt, nämlich 105 686, von denen 70 911 Aufenthalts- und 34 755 Durchreisevisen waren. Von den außereuropäischen Ländern wurden in den Vereinigten Staaten 7477 Visen erteilt, davon 6391 in Neuyork. Diese Ziffern bekunden, daß die familiären und geschäftlichen Bindungen zwischen Deutschland und Polen noch immer sehr große sind. Die in Amerika erteilten Visen erhielten fast ausschließlich polnische Emigranten, die zum Besuch oder dauernden Aufenthalt in ihre alte Heimat reisten.

Der Krakauer Veit-Stoß-Altar in Gefahr!

Das berühmteste Werk von Veit Stoß, der Hauptaltar der Krakauer Marienkirche, ist in Gefahr. Bei den umfassenden Erneuerungsarbeiten in der Marienkirche wurde die Feststellung gemacht, daß das Schnitzwerk des Altars vom Holzwurm bedroht ist. Im chemischen Laboratorium der Krakauer Universität werden Versuche zur Herstellung von Mitteln gemacht, um der Gefahr einer gänzlichen Vernichtung des unersetzlichen Kunstwerkes vorzubeugen. Die sonst im Kampf gegen den Holzwurm übliche Vergasung kann mit Rücksicht auf die Bemalung des Schnitzwerkes, die hierdurch Schaden leiden würde, nicht angewandt werden.

Von den Polen in Deutschland.

In Breslau wurde kürzlich ein polnisches Studentenheim eröffnet, nach Berlin das zweite in Deutschland. An der Feier nahmen Vertreter des Polenbundes, der das Heim geschaffen hat, Vertreter des Berliner akademischen Zirkels „Polonia", des Verbandes der polnischen Schulvereine, des polnischen Generalkonsulats in Oppeln und anderer polnischer Stellen teil. Das Heim gehört dem Breslauer Akademikerverband „Piast". Die Lodzer „Freie Presse" fügt der Mitteilung über die Eröffnung des zweiten polnischen Studentenheimes in Deutschland folgende Bemerkung hinzu: „Bedauerlich ist es, daß Meldungen, wie die obige, die sich nicht gut im gegenteiligen Sinne ‚auswerten' lassen, von einem Teil der Presse in Polen, und zwar von den verbreitetsten Organen, gern totgeschwiegen werden. Die Verständigung zwischen den beiden Völkern würde einen guten Schritt vorwärts kommen, wenn man sich entschließen wollte, vom deutschen Leben ein allseitiges und objektives Bild zu geben und somit auch diejenigen Fälle der Leserschaft mitzuteilen, die deutlich von der wahren Haltung der Reichsbehörden gegenüber den polnischen Organisationen und Verbänden zeugen."

In Klein Borek (Kreis Rosenberg O.-S.) wurde, einem Bericht der Nowiny Codzienny" vom 27. Januar zufolge, ein polnischer Sprachkursus eröffnet. Der Bericht des Polenblattes ist durch einige Bemerkungen recht interessant. „Unter den Versammelten", heißt es da u. a., „bemerkten wir auch als Vertreter der Gemeinde den Gemeindevorsteher, was in unserer Gegend zum ersten Male geschehen ist. Weshalb er gekommen war, ist nicht bekannt; aber der Beschützer blieb bis zum Schluß." Sonst regen sich die Polenblätter mitunter darüber auf, daß die deutschen Behörden den Veranstaltungen der polnischen Minderheit nicht das wünschenswerte Interesse entgegenbringen. Wenn das aber, wie in diesem Falle, geschieht, dann scheint es ihnen erst recht nicht zu passen; sie sind offenbar lieber unter sich. Wie man's macht, ist's eben falsch! Die Gegenwart des Gemeindevorstehers hat übrigens den polnischen Redner anscheinend nicht im geringsten daran gehindert, sich in abfälliger Weise über die Zustände in Deutschland zu äußern. Er sprach von Drohungen, Repressalien und schändlichen Taten, deren Opfer seiner Meinung nach die polnische Minderheit in Deutschland sein soll.

Kurt Graebe 60 Jahre.

Der deutsche Abgeordnete des Sejm, Oberstleutnant a. D. Kurt Graebe, beging am 9. Februar seinen 60. Geburtstag. Er wurde als Sohn eines Rittergutsbesitzers im Kreise Gnesen geboren und ist seit 1898 in Bromberg, seiner damaligen Garnisonstadt, ansässig. Sofort nach dem Umsturz setzte er sich tatkräftig für die Wahrung der Interessen seiner deutschen Landsleute in den an Polen fallenden Gebieten ein. Seine Tätigkeit zunächst als Leiter des nachmaligen Deutschtumsbundes zur Wahrung der Minderheitenrechte in Polen, seine Mitarbeit an wirtschaftlichen und kulturellen Volkstumsverbänden, brachte ihm, obwohl er sich selbstverständlich immer als polnischer Staatsbürger streng an die gesetzlichen Bestimmungen seines Staates hielt, zahlreiche Prozesse und Gefängnisstrafen ein, die er zum Teil auch verbüßen mußte. Seit 1922 vertritt er das Deutschtum des Bromberger Wahlkreises als Abgeordneter im polnischen Parlament, dessen auswärtigem Ausschuß er angehört. Seine sachliche und energische Arbeit ist aus der Nachkriegsgeschichte des Deutschtums in Westpolen nicht mehr wegzudenken. Auch durch maßgebende Beteiligung an den europäischen Nationalitätenkongressen, deren Präsidium er für die deutsche Gruppe stellvertretend angehört, endlich als Präsident des Verbandes der deutschen Volksgruppen in Europa hat Kurt Graebe eine wertvolle, dem deutschen Gesamtvolk dienende Arbeit geleistet.

Der polnische Aufstand in Posen.

(29. Fortsetzung.)

Von **Hermann Pischke.**

Der Wilhelmsplatz gehörte von jetzt ab für eine Zeit ganz dem polnischen Militär. Die Schüsse vor dem Polizeipräsidium lösten sofort ein lebhaftes Feuer auf Seiten der Polen aus. Aber das Kaffee schützte die Deutschen vor Fernschüssen, und in unmittelbare Nähe wagte sich niemand. Vom Bazar, vom Schloß und auch von der Wache auf dem Alten Markt wurde geschossen. Ein heftig rollendes Gewehrfeuer entstand. Man schoß, um den Gegner zu schrecken. Der war aber nur an der Stellung nicht an der Kleidung und Bewaffnung zu erkennen, denn die war ja die Ausrüstung des deutschen Soldaten, also bei allen gleich. Zudem verbreitete sich schnell, daß der im Kaffee Hohenzollern getötete Kellner und der dort verwundete Feldgraue Polen waren. Hier hatte die Ungeduld und der Haß also eigene Landsleute geschlagen. Vorsicht war also geboten. So stieg das Manöverfeuer an und ebbte ab, bis es sich schließlich legte. Das Spiel mußte aber bei der Stimmung auf die Dauer gefährlich werden.

Blankertz verhandelt im Bazar.

Als eine Pause eingetreten war, ging darum Blankertz vom Polizeipräsidium ohne Bedeckung zum Bazar herüber, um durch Verhandlungen dem Schießen Einhalt zu tun. Noch war in diesem Feuer kein Blut geflossen. Ein Übereinkommen schien also leicht möglich.

Was sich im Bazar abspielte, darüber haben wir nur polnische Berichte. Blankertz hat keine Gelegenheit mehr gehabt, das Erlebte niederzulegen. Obwohl diese Berichte mit großer Vorsicht zu benutzen sind, bringen wir sie doch, weil sie einen Überblick über die Vorgänge gestatten und sie in einem eigenartigen Licht erscheinen lassen.

Rzepecki berichtet:

„Indessen erschien um 6 Uhr (die Zeit ist zu früh angegeben. Alle Angaben von anderer Seite stimmen darin überein, daß es mindestens 7 Uhr war. D. V.) im Vorflur des Portiers im Bazar Blankertz, der Polizeidezernent, und er schlug einen Waffenstillstand vor. Er stellte die Bedingung, daß die Polen die Waffen herausgeben sollten, dann würden die Preußen in die Kasernen zurückkehren. Lärm! Toben! Etwa 50 Mann umzingelten ihn, und jeder gibt seine Weisheit zum Besten. Maciaszek, Paluch, Hulewicz, Sikorski, Lange, Rybka, Kakinski, Korfanty sind kaum imstande, sich dieser Zivilstrategen, genialer Ratgeber, Redakteure und Bankettgäste zu erwehren. Die Sache lief dahin aus, daß der Engländer Rawlings und einige andere sich mit Blankertz ins Gouvernementgebäude begaben (muß heißen: „Generalkommando". D. V.), um die Bedingungen für einen Waffenstillstand abzufassen."

Man verfiel also auffallenderweise auf den stellvertr. Kommandierenden General Bock v. Polach, von dem die Herren der Mission, allen internationalen Gepflogenheiten zuwider, bis jetzt keine Notiz genommen hatten. Die Polen hatten ihn längst als eine Art von Strohmann benutzt, wenn sie ihre Pläne rechtfertigen oder verkleiden wollten. Daß sie auch jetzt wieder auf ihn verfielen, war erklärlich. Man nimmt zu den Verhandlungen auch den Engländer Rawlings als Schutzengel mit. Zugleich soll er als Zeuge imstande sein, der Entente von der Lage der Polen zu berichten. Hier lüftet sich also der Schleier. Es zeigt sich, welche Rolle die „englische Mission" zu spielen nach Posen berufen war. Sie hatte die Rolle des Aufwieglers, des Schutzengels und des Angebers zugleich zu spielen. Damit das möglich war, dazu wurde der Aufzug bei der Ankunft veranstaltet und dazu spielte man ihr jetzt ein Kriegstheater vor. Wäre man willens gewesen, Ruhe zu vereinbaren, so genügte für die deutsche Seite Blankertz allein und dazu der Wille der Polen. Man wollte aber Bock v. Polach in Verlegenheit setzen und die Verlegenheit für eigene Pläne ausnutzen. Und das ist gelungen.

Über die Unterredung mit Blankertz und den Polen im Bazar hat die „Gazeta narodowa" in ihrer Nr. 298 vom 31. Dezember 1918 eine Niederschrift in Form eines Protokolls veröffentlicht. Es läßt allzu durchsichtig den Zweck der Aufnahme erkennen. Es bemüht sich in jeder Weise, die Schuld an dem Putsch den Deutschen zuzuschieben. Was dazu nicht dient, ist nicht aufgenommen worden. Es gestattet also keinen vollen Überblick über die Unterredung, sondern ist nur ein kleiner Ausschnitt der Vorgänge, und der erregt noch in einzelnen Teilen starke Zweifel an der unterschriftlich erfolgten Beglaubigung durch Blankertz.

Die Niederschrift lautet:

„Nach meiner Meinung verhielt sich die Sache so, daß eine Gruppe deutscher Soldaten, angeblich Sachsen (soll heißen „Sechser", d. V.), zu provokatorischen Zwecken durch die Stadt zog. Es wurde mir

gemeldet, daß es auf der Berliner Straße zu Zusammenstößen kam, deren Veranlassung das Auffahren eines Maschinengewehrs gewesen sein soll. Später wurde mir gemeldet, daß Soldaten in ein Haus auf der Berliner Straße eingedrungen seien, um eine fremde Fahne zu entfernen. Etwas später wurde mir gemeldet, daß sich auf der Wilhelmstraße eine Schlacht entwickelt habe, wobei es Verwundete gab, die im Gebäude des Polizeipräsidiums verbunden wurden. Um der Stadt die Ruhe zu sichern und die unerwünschten Elemente von den Straßen zu entfernen, bat ich um Verstärkung des Wachtdienstes durch Soldaten vom Regiment Nr. 20. Diese kamen in ruhiger Ordnung zum Polizeipräsidium und wurden dort untergebracht.

Schon vormittags am 27. d. M. kamen verschiedene Deutsche zu mir mit der Nachricht, daß englische und französische Fahnen ausgesteckt seien, und drückten den Wunsch aus, für ihre Entfernung zu sorgen, da sie Veranlassung zu Ausschreitungen geben könnten.

Das kann ich nach meinem besten Wissen erklären.

gez. Blankertz."

Ich halte die Erklärung Blankertz' in der vorliegenden Fassung für unmöglich. Zum mindesten ist sie stark frisiert. Er verlangte die Auslieferung der Waffen von den Polen (nach Rzepecki) und klagt seine eigenen Waffengefährten in demselben Atemzuge der Schuld an dem Ausbruch des Putsches an. Wie reimt sich das zusammen? Der Ausdruck „zu provokatorischen Zwecken" ist zu sehr der Ausdrucksweise der Polen in jenen Tagen entnommen, als daß man nicht sofort in Zweifel kommen müßte. Mit Blankertz' Charakter ist zudem der erste und zweite Satz der Erklärung unvereinbar. Wie kommt Blankertz überhaupt dazu, sich von den Polen im Bazar zu Protokoll vernehmen zu lassen? Wenn nicht das ganze Protokoll oder die Unterschrift eine Fälschung ist, und einige Umstände sprechen dagegen, so läßt es sich nur so erklären, daß während der Unterredung eine kurze Niederschrift gemacht wurde, die das Herbeirufen der 20. Feldartilleristen ins Polizeipräsidium begründen sollte. Das hat Blankertz möglicherweise unterschrieben. Später sind die ersten beiden Sätze hinzugefügt oder stark im polnischen Sinne verändert worden. Übrigens soll es im ersten Satz nicht „Sachsen", sondern „Sechser" heißen (der volkstümliche Ausdruck für das sechste Grenadier-Regiment. D. V.), da es den Polen auf die Anklage des 6. Grenadier-Regiments ankam. Diese Verwechslung war ursprünglich gewiß nicht da und ist auf eine sehr undeutliche Schrift zurückzuführen, deren Ursachen leider nicht festgestellt werden können. Eine solche Handlung als unlauter im Sinne der Polen zurückzuweisen, geht nicht an. Es steht fest, daß der Kommandierende General Bock v. Polach, wie wir später zeigen werden, bei der Feststellung bestimmter Beschlüsse sich der Abstimmung enthielt. Dennoch erschienen sie später mit seiner Unterschrift. Solche Taten galten den Polen als Kriegslist. Man scheute sie nicht. Ebenso ist der Bericht über den Putsch eine bewußte Fälschung der Tatsachen.

Bei dem stellvertretenden Kommandierenden General Bock v. Polach.

Im weiteren Verlauf begab sich der englische Kapitän Rawlings, Blankertz, der Leutnant Paluch als polnischer Beirat des Generalkommandos und einige andere Personen zu dem stellvertretenden Kommandierenden General. Auch hierüber hat die „Gazeta narodowa" eine Niederschrift veröffentlicht. Sie heißt in wörtlicher Wiedergabe:

Rawlings: Ich komme im Namen des Obersten Wade, der an der Spitze der für Polen bestimmten englischen Mission steht. Er ermächtigt mich, Ihnen zu sagen, daß die englische Regierung Sie für die Sicherheit der Mitglieder der Mission wie auch für die Sicherheit Paderewskis mit Frau und des Majors Iwanowski, die sich dieser Mission angeschlossen haben, verantwortlich macht. Oberst Wade wünscht Sie in Kenntnis zu setzen, daß jedes den genannten Personen zugefügte Übel oder ihnen bereitete Schwierigkeiten weittragende Folgen hätten. Die englische Regierung wird unverzüglich tatkräftige Schritte unternehmen."

v. Bock und Polach: „Welches ist der Zweck dieser Mission?"

Rawlings: „Diese Mission hat den Zweck, die Verhältnisse in Polen zu prüfen, und sie wird das Ergebnis ihrer Prüfungen nach England übersenden oder mitnehmen."

v. Bock und Polach: „Ich weiß nichts von dieser Mission." (Eine Lüge, nachdem tags zuvor Oberst Wade den Hauptmann Andersch von dem Zweck und der Zusammensetzung der Mission in Kenntnis gesetzt hat.)

Rawlings: „Oberst Wade hat den Befehl, nach Posen zu gehen; Paderewski gehört zur Mission."

v. Bock und Polach: „Wir haben die Waffenstillstandskommission in Spaa telegraphisch ersucht, die zwischen den Behauptungen des Auswärtigen Amtes und der Erklärung des Obersten Wade bestehenden Widersprüche aufzuklären. Auch dem Auswärtigen Amt habe ich Bericht erstattet."

Rawlings: „Was soll die Schießerei bedeuten?"

v. Bock und Polach: „Ohne mein und des Kommandanten Wissen begannen die Soldaten zu schießen."

Rawlings: „Wissen Sie, daß Sie dafür verantwortlich sind? Trotz Ihrer Unkenntnis wird die englische Mission eine Aufklärung verlangen. In allernächster Zeit werden zwei andere Mitglieder der englischen Mission in Posen eintreffen."

v. Bock und Polach: „Ich habe keine Macht, diese haben die Soldatenräte inne. Gestern zogen polnische Soldaten durch die Stadt, heute deutsche, aber alle ohne Befehl der Offiziere."

Blankertz (Mitglied des Soldatenrats): „Schade, daß Sie uns nicht benachrichtigt haben, damit wir die Leute vorbereiten konnten. Englische und amerikanische Fahnen wirken aufreizend."

Paluch (Mitglied des Soldatenrats): „Die deutschen Soldaten waren von Agitatoren gegen die englische Mission aufgewiegelt."

Rawlings: „Das Herunterreißen englischer und amerikanischer Fahnen ist eine Beleidigung."

v. Bock und Polach: „Nein."

Schimmelpfennig (unterbrechend): „Wir sind in Preußen, und (mit erhobener Stimme) wir kennen hier keine Polen, wir kennen nur Preußen."

Rawlings: „Das Herunterreißen der Fahnen war eine Herausforderung der Polen, daher nicht am Platze."

Schimmelpfennig: „Wir können das polnische Volk nicht anerkennen."

Rawlings (in Anbetracht der erhobenen Stimme Sch.s): „Als Vertreter der englischen Regierung müssen wir eine entsprechende Behandlung fordern. Wir fragen noch mal, ob Sie für die Sicherheit der englischen Mission bürgen?"

v. Bock und Polach: „Ich kenne die Ursachen der Schießerei nicht."

Rawlings: „Wissen Sie, daß Paderewski mit Frau und Major Iwanowski Mitglieder der Mission sind?"

v. Bock und Polach: „Jetzt weiß ich es. Das Auswärtige Amt ist schuld daran, daß es mich nicht früher davon in Kenntnis setzte. Die Soldaten gehorchen den Offizieren nicht. Gestern demonstrierten die Polen — heute die Deutschen."

Rawlings: „Mit dem Unterschied, daß gestern nicht geschossen wurde, während heute fortwährend geschossen wird. Sie müssen den Soldaten erklären, daß wir Mitglieder der Mission sind."

v. Bock und Polach: „Das wußte ich bis jetzt nicht."

Rawlings: „Aber das wurde gestern dem Hauptmann Andersch in Rogasen gesagt."

v. Bock und Polach: „Dafür kann ich nicht verantwortlich sein; er hat uns dies nicht mitgeteilt."

Schimmelpfennig: „Bisher dachten wir, daß Paderewski die Hauptpersönlichkeit und Leiter der Mission ist und Sie nur seine Begleitung sind."

Paluch (Mitglied des Soldatenrats): „Gestern wurden nur einige bewaffnete Soldaten aufgestellt, sowohl Deutsche als auch Polen. Die andern schlossen sich der Kundgebung nur aus patriotischer Begeisterung an."

Rawlings: „Ich fordere Sie noch einmal auf, auf Ihre Soldaten einzuwirken, daß sie in die Kasernen gehen."

v. Bock und Polach: „Diese Macht besitze ich nicht. Aber ich werde es versuchen. Die Notwendigkeit einer solchen Erklärung schmerzt mich aufrichtig."

Rawlings: „Trotzdem sind Sie für die Sicherheit der Mission verantwortlich."

Hier endet die Niederschrift der Unterredung.

Bemerkungen.

Mit der Unterredung hat sich die englische „Mission" verspätet und formlos vorgestellt und Schutz verlangt. Dabei mußte die Rede auf die Rechtlosigkeit der Mission kommen. Die Worte des Generals: „Ich weiß nichts von dieser Mission!" sollen sagen: Die Mission ist mir nicht angemeldet und hat sich selbst auch nicht gemeldet. Der Vorwurf der Lüge in der Niederschrift besteht zu Unrecht. Der Schreiber übersieht die Lage nicht. Paderewski und Frau werden offiziell in den Schutz der Mission genommen, und Rawlings macht den Kommandierenden General Bock v. Polach für die „Schießerei" verantwortlich und fordert die Zurückziehung der Soldaten in die Kasernen. Hier ist klar zu erkennen, daß ihm die Meinung beigebracht ist, die Deutschen hätten das Feuer auf den Bazar eröffnet und das Leben der Mitglieder der Mission gefährdet oder gar angegriffen. Der Zweck des Manöverfeuers tritt hervor. Im übrigen unterdrückt die Niederschrift Unangenehmes und fügt Unmögliches hinzu. Auch Blankertz spricht. Seine Erwiderung an den General ist aber unverständlich, wenn man nicht weiß, daß v. Bock und Polach vorher einwarf, daß er den Soldaten ausdrücklich den Ausgang verboten habe. Aber das hören die Polen nicht gerne, darum fehlt es in der Niederschrift.

In der zweiten Feststellung, daß der Kommandierende General amtlich von der Mission nichts wußte, wird auf die Mitteilung durch den Hauptmann Andersch verwiesen. Der Kommandierende General antwortet sachlich und richtig, daß ihm das eine Verantwortung nicht auferlege. Der Zusatz: „Andersch hat uns das nicht mitgeteilt" ist Dichtung. Es zeugt nicht nur von dem Unverständnis für die Behauptung v. Bock und Polachs, sondern auch von dem Willen, den General absichtlich mißzuverstehen. Auffällig ist auch, wie sehr es Paluch als dem Vertreter der Polen darauf ankommt, die Engländer gegen die Deutschen einzunehmen. Er verweist auf den Haß der Deutschen gegen sie.

Die Unterredung hatte keine praktischen Folgen für die Herstellung der Ruhe. Das wollten die Polen auch nicht. Ehe die Abordnung in den Bazar zurückkehrte, war für die Fortsetzung des Haders gesorgt.

Es gibt Tote vor dem Polizeipräsidium.

Mittlerweile hatte das Verteilen der Waffen in großen Massen an die Polen begonnen. Der Mut stieg, und man versuchte, das Polizeipräsidium durch Umgehung zu nehmen. Mehrere Kompagnien waren vom Alten Markt her durch die Wronkerstraße und Friedrichstraße auf den Königsplatz und von dort in die Theaterstraße und Berliner Straße abkommandiert, ebenso auch Soldaten aus der Besetzung des Schlosses, um das Präsidium von beiden Flanken her zu nehmen. Ehe der Aufmarsch ausgeführt wurde, kam es zum Kampf, diesmal mit scharfen Geschossen.

Von polnischer Seite ist behauptet worden, daß mit Blankertz ein Waffenstillstand vereinbart worden sei, der aber von ihm nicht gehalten worden ist. Das trifft keineswegs zu. Vielmehr handelte er nur in Notwehr. Die Polen hatten das Eckhaus Wilhelmsplatz—Ritterstraße mit ihrer militärischen Organisation besetzt. Rzepecki gibt das in seiner Schrift offen zu. Von dort aus konnte man den Platz vor dem Polizeipräsidium mit Gewehrfeuer bestreichen. Aus dem Eckhause eröffnete man das Feuer auf das Polizeipräsidium und die Bedienungsmannschaft der Maschinengewehre. Die Einschläge in der Wand des Polizeipräsidiums zeigten das mit aller Deutlichkeit an. Unter dem Schutze des Feuers versuchten polnische Soldaten, gegen das Präsidium vorzugehen. Ein Trupp schlich im Schatten der Gebäude vom Wilhelmsplatz an der Häuserreihe heran. Ein Frontangriff von der Kommandantur her war kaum möglich. Er hätte die anrückenden Soldaten in der Theaterstraße gefährdet. Da griffen die Artilleristen zur Abwehr. Die Wilhelmstraße und das Eckhaus wurden unter Feuer genommen. Die Schaufensterscheiben zersplitterten. Die Wand des Eckhauses und die Tür wiesen dichte und tiefe Einschüsse auf. Im Nu waren sie ein Trümmerhaufen. Das heftige Schnellfeuer verhinderte den Sturm. An der Ecke fiel ein polnischer Unteroffizier, der zur Ritterstraße hinüber wollte, um dort in Deckung zu gehen und von dort zu schießen, und ein zweiter polnischer Soldat blieb schwer verwundet liegen. Auch er ist an den Wunden gestorben. Der Angriff stockte. Noch ein paar Minuten rollte das Feuer der Maschinengewehre und das Gewehrfeuer der Polen auf und ab. Dann trat wiederum eine Pause ein. Jetzt erschien eine Abordnung der Polen mit weißer Fahne, an ihrer Spitze der Kommandant der polnischen Bürgerwehr, Lange. Sie traten ins Polizeipräsidium. Die Verhandlungen begannen von neuem. Man hatte gesehen, daß das Polizeipräsidium ohne Blutvergießen nicht zu nehmen war, und bequemte sich zu Verhandlungen. Mittlerweile drängten die Polen auf dem Platze nach. Scharfe Rufe ertönten, Schüsse fielen, um Blankertz geneigt zu machen. Nach einer Viertelstunde war der Pakt fertig. Lange forderte die polnischen Soldaten zur Ruhe auf und verkündigte, daß die Deutschen sich ergeben hätten. Daß diese Bezeichnung nicht zutraf, zeigt die Ausführung der Verabredung. Die Artilleristen bekamen das Recht zugesprochen, mit Waffen, aber ohne Munition abzuziehen. Damit bei dem Abmarsch keine Zwischenfälle eintraten, wurde der abziehenden Wache eine Begleitung von einem starken polnischen Kommando beigegeben. Das Polizeipräsidium sollte bis zum Morgen in der Hand einer gemischten Besatzung von 24 Deutschen und 24 Polen bleiben. Dann sollte der endgültige Entscheid getroffen werden. Die Wache zog ohne Zwischenfall ab. Das Polizeipräsidium wurde von der gemischten Wache besetzt. Das Geschieße auf dem Wilhelmsplatz hatte ein Ende. Nur ringsherum in den Vorstädten und auf den Posten hörte man vereinzelte Schüsse, hin und wieder auch langsames Feuern, wie auf Postenstellung vor dem Feinde.

Das Polizeipräsidium fällt in polnische Hände.

Die Vereinbarung für das Polizeipräsidium wurde nicht gehalten. Die Zahl der Polen in der vorgesehenen Wache wuchs zusehends. Sie waren da, man wußte nicht, woher sie kamen. Alle Räume wurden besetzt. Die Waffen verschwanden. Schließlich wurde ein Haufen von Handgranaten weggetragen, der zur ebenen Erde in der Ecke eines Zimmers lag. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Polen. Die Deutschen fühlten sich verraten und gegen die Übermacht auch verloren. Einer nach dem anderen entkam über den Hof oder durch das Fenster. Die meisten von ihnen sind auf guten Rat am anderen Tage abgereist, weil sie Verhaftung und Tod unter irgendeinem Vorwande befürchteten. So war auch das Polizeipräsidium in polnische Hände gefallen. Nicht unrühmlich. Man hatte sich hier gegen eine zwanzigfache Übermacht gehalten. Es fiel durch Bruch des Übereinkommens. Damit war gegen 10 Uhr abends der ganze Wilhelmsplatz in polnischen Händen. Durch den Übergang des Polizeipräsidiums war Blankertz gleichzeitig seines Postens enthoben.

Blankertz wird ermordet.

Sein Schicksal vollendete sich schnell. Am nächsten Tage ging er in Zivil. Er traf sich mit einigen befreundeten Lehrern. Sie warnten ihn, in Posen zu bleiben. Er müsse die Rache der Polen befürchten. Sie empfahlen ihm dringend sofortige Abreise, ehe noch Korfanty zupacke. Blankertz lachte. „Was ihr meint! Korfanty ist stets überaus freundlich und von verbindlichen Formen. Es ist undenkbar, daß er Rache nimmt!“ Wahrscheinlich hat sich Blankertz die Warnung doch zu Herzen genommen, denn er hielt sich fortan aus dem Verkehr der Stadt zurück. Mittlerweile war der stille Befehl zu seiner Verhaftung ausgegeben. Er wurde am 2. Januar von der elektrischen Straßenbahn verhaftet und nach polnischen Angaben zunächst in das Fort Prittwitz und von da in das Fort Grolmann abgeführt. Deutsche Leute wollten gesehen haben, daß er gefesselt gewesen sei. Unterwegs mußte er sein Leben einbüßen. Er wußte zuviel. Die Zeitungen meldeten: „Auf der Flucht erschossen“. Seine Leiche wurde ins Krankenhaus gebracht und dort aufgebahrt. Er hatte einen Pistolensteckschuß hinter dem linken Ohr, der nicht tödlich gewesen sein kann. Mein Freund T. führte seine Frau zu der Leiche. Er öffnete den Waffenrock und sah auf dem Körper die Trittspuren von schweren Soldatenstiefeln stark abgezeichnet. Blankertz hat also seinen Tod nicht durch das Geschoß, sondern in bestialischer Weise gefunden. Die nachfolgenden Ereignisse verwehten die ruchlose Tat. In den Kreisen der Posener Deutschen ist seiner stets in Ehren gedacht worden. Sein Name war allbekannt und viel genannt. Mögen diese Worte ein schlichtes Denkmal seiner Treue sein.

Alle wichtigen Punkte sind in den Händen der Polen.

Gegen 10 Uhr waren die Polen also in der Gewalt folgender beherrschender Punkte: Sie besaßen den Alten Markt, das Rathaus und die Wache am Rathause. Sie waren schon seit der Revolution in ihrer Hand. Die Dominsel, auf der der Putsch nach polnischen Mitteilungen in der Wohnung des Domherrn Kloß ausgeheckt worden war, lag umfriedet und still da; ebenso der Vorort Schrodka. Beide waren von jeher eine Domäne der Polen. Vom Markt her konnte die Altstadt leicht beherrscht werden. Dazu kam vom Abend des 27. Dezember der Wilhelmsplatz hinzu. Am Morgen war auch das Generalkommando in den Händen der Polen. Trotz seiner ausgezeichneten Lage in einer Umgebung von starken Militär- und Staatsgebäuden, war es ohne weiteres besetzt worden. Kein Laut verriet, wie die Besetzung vor sich gegangen war. Nur die greuliche Verstümmelung des Kaiser-Wilhelm-Denkmals davor deutete an, daß sie dort Einzug gehalten hatten. Das Kaiserliche Schloß, das wie eine starke Burg an der beherrschenden Stelle des Kaiserringes lag und der festeste und bedeutsamste Punkt innerhalb der Stadt war, war längst in der Hand der Polen. Sie stellten seit der Errichtung der Bürgerwehr die starke Wache im Schloß und gaben es seitdem nicht mehr aus den Händen. Hier hatten sie mit dem Arbeiter- und Soldatenrat in den Prachträumen ihre Feste gefeiert. Auch der Marstall war lange in polnischer Gewalt. Wir erkannten mit Grauen, wie gut die Polen vorgearbeitet hatten. Sie hatten sich beizeiten überall eingenistet. Im Marstall hielt der Arbeiter- und Soldatenrat in dieser Nacht eine Sitzung ab. Der bisherige Vorsitzende Twachtmann war in aller Stille verschwunden, nicht ohne sich, wie die Polen offen erzählten, noch gut mit Reisegeld versorgt zu haben. Auch das gewaltige Artilleriedepot zwischen Niederwallstraße und Ritterstraße war seit Anfang Dezember in den Händen der polnischen Sicherheitswehr. Auch hier hat es nicht den geringsten Widerstand gegeben. An diesem Abend fiel auch der Bahnhof. Ein starkes Kommando der Polen rückte mit Maschinengewehren unvermutet an und besetzte das Hauptgebäude, das ohne Verteidigung war, unter dem Vorwande, daß von dort geschossen worden wäre. Immer neue Kompagnien rückten nach. Man sicherte den Besitz durch die Aufstellung von Maschinengewehren. Wochenlang sah ein verdecktes Maschinengewehr drohend von dem Balkon der Frontseite die Anfahrt herauf. Es hat seinen Mund nie aufgetan. Noch in dieser Nacht wurde der Bahnhof zu dem bestbewahrten Orte der Stadt. Auch die Kasernen der Feldartillerie waren durch List in die polnische Hand gefallen. Die starken Kommandos der Polen, die die Kämpfer vom Polizeipräsidium „zum Schutze“ in die Kasernen geleiteten, blieben und besetzten die Wachen ohne Gegenwehr. Damit war die Magazinstraße in die Gewalt der Polen gekommen. Somit beherrschten sie bereits alle strategischen Punkte in der Stadt. Leider zeigte sich auch gleich, daß auch die Magazine und Waffendepots in ihrer Hand waren.

Versteckte Waffen und Schießvorräte an allen Orten.

Schon während der Mobilmachung der polnischen Formationen hatte man begonnen, Waffen, die bis dahin verborgen gehalten waren, an die Bevölkerung zu verteilen. Als der Kampf vor dem Polizeipräsidium tobte, wurde die Ausgabe allgemein. Rollwagen militärischen und privaten Charakters, Kraftwagen der Feuerwehr und Gespanne wurden dazu verwandt. Gewehre, Karabiner, Maschinengewehre, scharfe Munition wurden hervorgesucht und an polnisch sprechende Personen ausgegeben, sehr häufig auch an Knaben, die kaum der Schulpflicht entwachsen waren. Wochenlang danach konnte man sie noch mit dem Schießgewehr hantieren sehen, bis sie zur allgemeinen Gefahr wurden und die Gewehre abgeben mußten. Die Deutschen waren erschüttert, wenn sie sehen mußten, wie überall die Arsenale wie selbstverständlich und längst vertraut geöffnet wurden. Nirgends ein Widerstand. Es war zu erwarten, daß die Wachen, die seit sechs Wochen allein in polnischer Hand waren, Waffen für einen Aufstand bargen, so die Wachen im Schloß, Marstall, Artilleriedepot, die Wache am Rathaus, sowie die Wachen auf der Wallischei, in Wilda, Lazarus, Jersitz usw. Es erregte aber Erstaunen, daß z. B. in der katholischen Kirche in St. Lazarus reiche Vorräte an Gewehren verborgen waren und schon in der Nacht des 27. Dezember ausgegeben wurden. Noch am nächsten Tage forderten Reiter die polnische Landbevölkerung ringsherum auf, sich mit Gewehren aus dieser Kirche zu versehen. Oder auch, als aus dem Josephstift, einem katholischen Krankenhause in der Petristraße eine große Menge von Gewehren und Munition zur Verteilung gelangte. Desgleichen auch, als aus den Verstecken des Grünen Kaffees, einem viel von Deutschen besuchten Hause, immer neue Vorräte an Waffen herausgeholt wurden. Man hatte auch längst befürchtet, daß z. B. die Kaserne der 47. am Adalbertplatz, die Forts von Prittwitz und Rauch, die von der Revolution her den polnischen Formationen übergeben worden waren, überzählige Waffen in Mengen bargen und Schritte dagegen versucht. Aber es brachte die Deutschen geradezu zur Verzweiflung, als Lastwagen der Feuerwehr vor das große und feste Zeughaus Ecke Gerberstraße-Teichstraße bereits am Abend des 27. vorfuhren und der aufsichtsführende Soldat Waffen nach Bedarf herausgab; oder wenn Kraftwagen zu den Forts 8 und 9 herausfuhren, Waffen brachten und verteilten. Auch die Schuppen am Eichwaldtor und neben dem Fort Rauch waren in der Hand der Polen zu Verstecken für Waffen und Kriegsmaterial geworden und ebenso der Pulverschuppen an der Landstraße nach Schwersenz. Wir Deutschen hörten diese Berichte, wie die Verkündigung des Weltunterganges. Der Putsch wäre gar nicht mehr nötig gewesen. Die Polen hatten ja alles, was sie wollten, in Händen. Geld hatte dabei überall nachgeholfen. Die Höhe der Summen spielte keine Rolle.

(Fortsetzung folgt.)

Der wirtschaftliche Aufbau des Ostens.

Während die Provinz Pommern im Dezember 1933 eine geringe Zunahme ihrer Arbeitslosenzahl zu verzeichnen hatte (um etwa 3000), führte die Winterarbeitsschlacht im Monat Januar zu einem neuen starken Erfolg: Die Arbeitslosenzahl wurde um 5564 heruntergedrückt. (Zum Vergleich sei erwähnt, daß im Januar 1933, also im letzten Monat vor der nationalsozialistischen Machtübernahme, in Pommern ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit um über 9000 zu buchen gewesen war.) Am jetzigen Rückgang der Arbeitslosigkeit hat die ganze Provinz teilgenommen; selbst der ärgste Krisenherd Pommerns, Stettin, kann im vergangenen Monat einen Rückgang um rund 2320 aufweisen. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß das Schwergewicht der Arbeitsbeschaffung in der freien Wirtschaft liegt. Fast 2/3 der etwa 100 000 Mann, die in Pommern seither wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden konnten, sind von der privaten Wirtschaft aufgenommen worden; der Rest ist in öffentlichen Arbeitsvorkommen untergebracht. Die Zahl der Beschäftigten ist in allen Berufen gestiegen. Trotz Schnee und Kälte ist auch die Arbeitslosigkeit unter den Ungelernten sowie den Bau- und Landarbeitern weiter im Sinken. Pommern hat etwa 800 Landhelfer und -helferinnen aus anderen Reichsteilen herangezogen.

Die Baustoffindustrie ist wieder hoffnungsfreudig, die Bestände der Ziegeleien sind fast restlos ausgeräumt, sie haben durchweg wieder vollen Betrieb aufnehmen können. Steinschläger werden in Spezialkursen herangebildet, die Umschulung hat auf der ganzen Linie eingesetzt, und der Austausch von verheirateten Frauen gegen deren arbeitslose Männer macht weitere Fortschritte. Es gibt bereits zahlreiche Berufe, in denen ein Mangel an Arbeitskräften vorherrscht. Vor allen Dingen jüngere Arbeitskräfte werden in der Elektrobranche, bei den häuslichen Diensten stark gefragt, auch gute Stenotypistinnen sind allseits begehrt.

Viele Wirtschaftszweige, die am schwersten daniederlagen, sind von der allgemeinen Belebung mitgerissen worden. Nicht nur die Zahl der ungelernten Arbeitskräfte sank im Januar um 1750, auch das Baugewerbe konnte trotz der ungünstigen Wetterverhältnisse 1350 Arbeiter mehr beschäftigen, wobei die Instandsetzungs- und Reparaturarbeiten als wesentliche Arbeitsmarktentlastung empfunden wurden. Selbst das Verkehrsgewerbe empfing trotz unveränderter Eisverhältnisse neuen Auftrieb. Daniederliegende Industriezweige leben neu auf. Einige Beispiele seien erwähnt: Ein Sägewerk im Bezirk Naugard hat den stillgelegten Betrieb wieder eröffnet. Eine Maschinenfabrik in Regenwalde wird ihre jetzige Belegschaft von 70 Mann verdoppeln, und eine Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte in Stolp stellt für die Frühjahrsaufträge 36 Mann ein. Selbst die Stettiner Seeschiffswerft, die jahrelang an Auftragsmangel litt, konute jetzt ihre Belegschaft auf 675 Mann erhöhen und wird sie in absehbarer Zeit auf einen Stand von 1000 Facharbeitern bringen.

Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hat die Reichsbahndirektion in Königsberg i. Pr. beauftragt, die ausführlichen Vorarbeiten für die eingleisige Nebenbahn Heiligenbeil—Zinten—Pr.-Eylau sofort aufzunehmen und so beschleunigt durchzuführen, daß bei Bewilligung der Mittel im Reichshaushalt unverzüglich mit den Arbeiten begonnen werden kann. Dieses große Bauprogramm der Reichsbahn, mit dessen baldiger Inangriffnahme nunmehr gerechnet werden kann, wird dem ostpreußischen Arbeitsmarkt im neuen Jahre eine weitere fühlbare Entlastung bringen.

Der Bau der geplanten Eisenbahnlinie Zielenzig—Topper ist jetzt genehmigt worden. Man rechnet mit der Arbeitsaufnahme noch in diesem Jahre, was dazu führen dürfte, daß es im Kreise keinen einzigen Erwerbslosen mehr geben wird.

Aus der Arbeit des Bundes Deutscher Osten.

Die 3. Führer- und Schulungstagung der **Landesgruppe Mark Brandenburg** fand unter zahlreicher Beteiligung der Ortsgruppenführer in Potsdam statt. Nach kurzer Begrüßung durch den Landesführer Blum sprach der Führer der Ortsgruppe heimattreuer Oberschlesier, Studienrat Hartmann, Potsdam, über „Oberschlesien im Rahmen des deutschen Ostens“. Schon die älteste Geschichte Oberschlesiens zeige den engen Zusammenhang dieses von Goethe als „zehnfach interessantes Land“ bezeichneten Südostgebietes Preußens mit dem ganzen übrigen deutschen Osten. Im fünften vorchristlichen Jahrhundert besetzten Germanen, von der Weichselmündung und aus Nordposen kommend, das nordöstliche Oberschlesien; die Kimbern und Vandalen folgten ihnen von Jütland her, und die große vorslawische Siedlungsepoche schließen die Langobarden ab, die im fünften nachchristlichen Jahrhundert auch in Oberschlesien festen Fuß fassen. Dieses germanische Zeitalter wird besonders veranschaulicht durch die Ergebnisse der oberschlesischen Ausgrabungen der Nachkriegszeit ... Die Erschließung der oberschlesischen Bodenschätze ist nur deutschem Unternehmungsgeist zu verdanken. Nach vorübergehenden Anfängen unter dem Markgrafen Georg dem Frommen von Brandenburg-Ansbach im 16. Jahrhundert erfährt der oberschlesische Bergbau seit Ende des 18. Jahrhunderts eine folgenreiche Neubelebung durch Graf Reden, dessen Versuche mit der Verwendung der Dampfkraft im Bergbaubetriebe auch Goethe zu Studienzwecken nach Oberschlesien ziehen. Erstaunlich bleibt der Aufschwung, den nunmehr die gesamte oberschlesische Wirtschaft in den nächsten Generationen nimmt, bis diese verheißungsvolle Entwicklung durch die keineswegs abstimmungsgemäße Genfer Entscheidung jäh unterbrochen wird. Die schlimmen Folgen der Abtrennung des ostoberschlesischen Gebietes vom Mutterlande sind bekannt und immer noch spürbar. Was nach der Teilung auf deutscher Seite für den Wiederaufbau getan worden ist, das wird dem deutschen Kulturwillen für alle Dauer zu höchster Ehre gereichen. Der Aufschwung der Land- und Forstwirtschaft, die Neuregelung der Verkehrsverhältnisse, die Elektrifizierung des Landes, die zahlreichen Bauunternehmungen im Zusammenhange mit der neuen Wohnungsfürsorgegesellschaft in Oppeln und der Landgesellschaft und des Landplanungsvereins OS., die Errichtung von Volksschulen und von höheren Lehranstalten sind nur einige Beispiele für die rege Aufbautätigkeit in der neuen Provinz, deren Verselbständigung nur ein Mittel zum Zwecke der Erhaltung des uns Gebliebenen ist und jederzeit aufgegeben werden, wenn dieser Zweck voll erreicht ist. An dem echt deutschen Grundcharakter dieser Provinz kann nicht gezweifelt werden. Die Bezeichnung der Oberschlesier als „Wasserpolen“ ist irreführend, weil diese „Wasserpolen“ mit den echten Polen herzlich wenig zu tun haben, und überdies falsch, weil diese „Wasserpolen“ nur ein Bruchteil der oberschlesischen Bevölkerung ausmachen. Jeder wirkliche Kenner der oberschlesischen Verhältnisse weiß, daß dort nur von deutscher Kultur die Rede sein kann, daß sich der Oberschlesier in geistigem Sinne eins weiß mit allen Ostdeutschen, wie mit allen Deutschen überhaupt. Der Oberschlesier von Eichendorff ist der Romantiker des deutschen Volkes schlechthin. Daß er eine gesunde Romantik vertritt, verdankt er seiner Zugehörigkeit zu einem der gesündesten Stämme der deutschen Volksgemeinschaft, von dessen kernhafter Gesundheit gerade der starke Geburtenüberschuß, der stärkste in ganz Deutschland, ein beredtes Zeugnis ablegt. Die solide Grundhaltung des oberschlesischen Volkscharakters wird vielleicht noch mehr durch das Schaffen Gustav Freytags veranschaulicht. Wenn heute Alfons Hayduk als Wortführer des gegenwärtigen oberschlesischen Schrifttums bis zum Herzen des deutschen Reiches gedrungen ist, so folgt er den Spuren Eichendorffs und Freytags, die beide ihr Schaffen in den Dienst des Volksganzen stellten. So nimmt auch heute z. B. der aus Oberschlesien stammende Kunstmaler Adolf Münzer eine führende Stellung im Kunstleben Düsseldorfs ein. Vor etwa hundert Jahren ist ähnlich der oberschlesische Bildhauer August Kiß über die Grenzen seiner Heimat hinaus zu einflußreichem Wirken in Preußens Hauptstadt gelangt, wo heute noch zahlreiche Werke von ihm zeugen, u. a. die mit einem Tiger kämpfende Amazone an der Treppe des Alten Museums und die kolossale Statue des heiligen Georg als Drachentöter im Schloßhofe, ebenso die Bronzefiguren für den Wilhelmsplatz. Von Kiß stammt in Potsdam das Denkmal Friedrich Wilhelms III. auf dem Wilhelmplatze, übrigens auch die Reliefs am Giebel der Nikolaikirche. In Oberschlesien selbst hat die Kunst seit langem ein reiches Arbeitsfeld, besonders die Baukunst in allen Stilarten. Sogar der Stil der friderizianischen Zeit ist dort vertreten: An Sanssouci erinnern Schloß und Park von Carlsruhe nördlich von Oppeln. Den oberschlesischen Kulturmittelpunkt bildet das Heimatmuseum in Gleiwitz. Auf wissenschaftlichem und allgemeinliterarischem Gebiete hat seit einigen Jahren die große Landesbibliothek in Ratibor die Führung übernommen. Das Sprachrohr für all diese Bestrebungen ist die wissenschaftlich und künstlerisch hochwertige Monatszeitschrift „Der Oberschlesier“ eine Schöpfung der Nachkriegszeit. Das alles ist im Reich noch zu wenig bekannt ... Dem mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine rege Aussprache.

*

Präsidium und Verwaltungsrat der Heinrich-Wilhelm-Dove-Gesellschaft in Liegnitz haben im Einvernehmen mit dem Kreiskulturwart beschlossen, die Gesellschaft als neue Liegnitzer Ortsgruppe dem Bunde Deutscher Osten einzugliedern. Die Arbeit der Gesellschaft, die in der Erforschung der Erdgeschichte, der Pflanzen- und Vogelwelt Niederschlesiens und auf dem Gebiete des Heimatschutzes Hervorragendes geleistet hat, steht schon seit längerer Zeit unter dem Motto: „Der Schwerpunkt des deutschen Lebenswillens liegt wieder im Osten.“ Um diesem Gedanken in Zukunft noch stärker dienen zu können, wurde die Eingliederung in den BDO beschlossen.

Arbeitsgemeinschaft der Verbände vertriebener Auslands-, Kolonial- und Grenzdeutscher.

Zuschriften aus unserem Leserkreis und Veröffentlichungen von anderer Seite veranlassen uns zu folgender Klarstellung:

In einer Verfügung vom 6. November 1933 hat der Stellvertreter des Führers, Reichsminister Rudolf Heß, angeordnet, daß Feststellungen über die Kriegs- und Auslands-Geschädigten ausschließlich durch die „Arbeitsgemeinschaft der Verbände vertriebener Auslands-, Kolonial- und Grenzdeutscher“ zu machen sind.

Anfragen sind nicht an die „Arbeitsgemeinschaft“ selbst zu richten, da von ihr angeordnet ist, daß die folgenden, ihr angeschlossenen Verbände, entsprechend der Herkunft der Verdrängten, zuständig sind:

1. Bund der Elsaß-Lothringer im Reich, Berlin W 30, Martin-Luther-Str. 27.
2. Deutscher Ostbund i. L., Berlin W 30, Motzstr. 22.
3. Bund der Auslanddeutschen (Verein der ehemals im Auslande ansässigen Reichsdeutschen), Berlin W 50, Rankestr. 6.
4. Ständiger Ausschuß der Kolonialdeutschen beim Kolonialkriegerdank, Berlin W 35, Potsdamer Str. 97.

Die Bevollmächtigung der „Arbeitsgemeinschaft“ ist erfolgt, weil durch Erörterungen in Vereinsversammlungen, Vereinsorganen und Rundschreiben in den vergangenen Monaten in den Kreisen der Geschädigten Hoffnungen und damit Enttäuschungen hervorgerufen worden sind.

*

6 v. H. Reichsschuldbuchforderungen.

Die Kurse der Reichsschuldbuchforderungen haben ihren Anfang dieses Jahres erreichten Stand im allgemeinen behaupten können. Da in absehbarer Zeit mit einer allgemeinen Zinssenkung gerechnet werden muß, wovon auch voraussichtlich die Schuldbuchforderungen nicht verschont bleiben werden, so muß sich der Schuldbuchinhaber überlegen, welche Maßnahmen erforderlich sind, um die jetzige Verzinsung seiner Schuldbuchforderungen zu behalten. Es ist u. E. noch die Möglichkeit gegeben, sich durch Umtausch der Schuldbuchforderungen in andere gute Rentenwerte ungefähr die gleiche Verzinsung in Zukunft zu sichern. Die Aufbaukredit für Grenz- und Auslandsdeutsche G. m. b. H., Berlin W 30, Motzstraße 32, ist gern bereit, Interessenten entsprechende Vorschläge zu machen. Am 14. Februar 1934 wurden folgende unverbindliche Verkaufskurse genannt:

	I	II		I	II
	ungefähr			ungefähr	
1934	99½	99½	1939	96	95½
1935	99½	99½	1940	95	95
1936	99½	99½	1941	94	93½
1937	99	98½	1942	94	93½
1938	97½	97	1943/48	93½	93½

Wiederaufbauzuschläge: 1944/45 = 58 v. H., 1946/48 = 58 v. H.

*

Familiennachrichten.

Verlobt: Ursula Eisermann in Osnabrück (fr. Lissa i. P.) mit Armin Rogalla v. Bieberstein, Leutnant a. D., in Gumbinnen.

Geburtstage: Frau Rosa Goldau, geb. Hoffmann, in Berlin-Neukölln, Reuterstr. 3, IV, fr. Bischofstein, Ostpreußen, am 17. 2. 80 J.; Gärtnereibesitzer Hermann Viktor, Torgelow, Pommern, fr. Rogasen, Prov. Posen, am 18. 2. 60 J.; Frau Emilie Finger, geb. Speichert, Erfurt, Futterstr. 14, fr. Bromberg, am 28. 2. 70 J.; der frühere Gärtnereibesitzer Hieronymus Halliant in Potsdam, Zimmerstr. 6, fr. Lissa, Posen, am 11. 2. 90 J.

Buchbesprechungen.

Die Bedeutung des deutschen Ostens für unser Volk. Herausgegeben von Dr. Franz Türk. Verlag von H. A. Schlapp, Darmstadt 1933. — Der Leiter des Ostschulungsamtes in der Landesgruppe Hessen-Nassau des BDO hat diese kleine Schrift von 30 Seiten Umfang zu Werbezwecken für den Bund herausgegeben. Der Schirmherr des BDO, Oberpräsident und Gauleiter Wilhelm Kube, hat hierzu das Geleitwort geschrieben. Sie enthält neben einem Vorwort des Landesführers Herbert Wendt, neben Bildern Adolf Hitlers und des Bundesführers, einige Aufsätze von Dr. Lüdtke, Major a. D. Wagner, Dr. Trampler und Dr. Kredel.

Verlag: Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30, Motzstraße 22 — Fernruf: B 5 Barbarossa 9061 — Postscheckkonto: Berlin 104726.
Verantwortl. für die Schriftl.: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau — Druck: Hempel & Co. G.m.b.H., Berlin SW. 68, Zimmerstr. 7/8 — D. A. IV 8300.